



Institut für  
Wirtschaftsforschung  
Halle

# Wirtschaft im Wandel

6/2009

24.06.2009, 15. Jahrgang

*Axel Lindner*  
Editorial

*Udo Ludwig*  
Aktuelle Trends:  
IWH-Konjunkturberichterstattung  
für Sachsen-Anhalt

*Ingmar Kumpmann*  
Im Fokus: Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfänger:  
Zielgenaue Disziplinierung oder allgemeine  
Drohkulisse?

*Martina Kämpfe*  
Weltfinanzkrise trifft russische Wirtschaft  
aufgrund struktureller Schwächen hart

*Götz Zeddies*  
Exportweltmeister trotz Euro-Höhenflug  
– Zum Einfluss der Wechselkurse auf die  
deutschen Ausfuhren –

*Peter Franz, Martin T. W. Rosenfeld, Annette Illy*  
Wie werden Städte zu Zentren der Kreativität und  
Innovation? Ein Bericht über das „2<sup>nd</sup> Halle Forum  
on Urban Economic Growth“ am IWH

*Cornelia Lang*  
IWH-Industrienumfrage im Mai 2009



## Editorial

Laien ist die Ratio wirtschaftspolitischer Maßnahmen zur Eindämmung der Finanzkrise oft nur schwer zu vermitteln. Ein Beispiel dafür sind die Mitte Mai von der Bundesregierung beschlossenen Eckpunkte für das geplante Konsolidierungs- oder „Bad“-Bank-Modell. Kaum geringere Verständnisschwierigkeiten haben damit freilich auch geschulte Ökonomen. Welches Problem angegangen werden soll, ist immerhin klar: Die Finanzmarktkrise droht nach wie vor, die Kreditversorgung der Wirtschaft zu drosseln. Denn die Banken müssen damit rechnen, weiterhin in erheblichem Umfang Abschreibungen auf ihr Portfolio aus strukturierten Wertpapieren vornehmen zu müssen. Das zur Absicherung dieser Risiken zu hinterlegende Eigenkapital steht den Banken dann nicht mehr für die Kreditvergabe zur Verfügung. Die Eckpunkte des Bad-Bank-Modells sehen nun vor, dass den Finanzinstituten die Möglichkeit gegeben wird, die Problem-Papiere aus ihren Bankbilanzen in institutsspezifische Zweckgesellschaften (*bad banks*) auszulagern. Im Gegenzug erhalten sie von den Zweckgesellschaften herausgegebene Schuldverschreibungen. Durch die staatliche Garantie dieser Titel erledigt sich der Abschreibungsbedarf.

Der Clou des Modells ist, dass die Garantie der Schuldverschreibungen die Steuerzahler nichts kosten soll, denn etwaige Verluste der Zweckgesellschaften haben wiederum die Banken selbst zu tragen. Aber kommen damit nicht die alten Belastungen durch die Hintertür wieder zu den Finanzinstituten herein? Nein, oder zumindest nicht so schnell, denn die Zweckgesellschaften sind nicht an die Bilanzierungsrichtlinien für Banken gebunden. Sie werden Verluste deshalb eher zum Zeitpunkt der tatsächlichen Zahlungsausfälle einstellen statt im Gleichschritt mit den aktuellen Wertpapierpreisen an den Finanzmärkten, welche bereits heute in der Zukunft vermutete Zahlungsausfälle vorwegnehmen. Eben solche Auslagerungen von Risiken strukturierter Wertpapiere in Zweckgesellschaften zur Umgehung von Bilanzierungsvorschriften werden als eine wesentliche Ursache der Weltfinanzkrise angesehen – nun soll der Kunstgriff bei der Krisenbewältigung helfen. Die Befürworter des Modells sehen in ihm aber mehr als einen bloßen Buchungstrick. Vielmehr soll es die Abwärtsspirale aus Wertberichtigungen, Notverkäufen und Preisverfall zum Halten bringen. Allerdings: Das dafür adäquate Instrument wären Anpassungen internationaler Bilanzierungsrichtlinien, wie sie in letzter Zeit zum Teil auch schon erfolgt sind. Hingegen wird die Preisbildung für Problem-Papiere auf den Weltfinanzmärkten durch das auf Deutschland beschränkte Konsolidierungsmodell kaum zu beeinflussen sein. Was also bleibt, ist eine Wette darauf, dass Finanzmärkte die Papiere gegenwärtig zu niedrig bewerten. Es ist ziemlich sicher, dass sich privates Kapital an dieser Wette nicht beteiligen wird, dass sich also Finanzinstitute, die das Angebot einer Konsolidierungsbank annehmen, auf absehbare Zeit kein Eigenkapital an den Finanzmärkten beschaffen können. Von dieser Seite ist dann auch für die Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft keine Besserung zu erwarten.

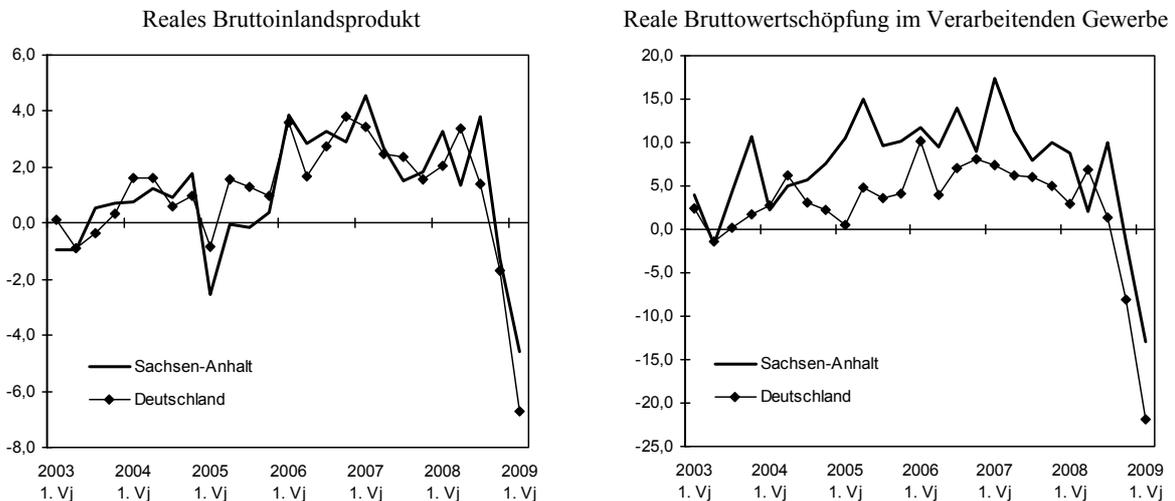
*Axel Lindner,  
Stellvertretender Abteilungsleiter Makroökonomik*

## Aktuelle Trends

### IWH-Konjunkturberichterstattung für Sachsen-Anhalt\*

#### Globale Konjunkturkrise trifft Wirtschaft hart

- Veränderung gegenüber Vorjahresquartal in % -



Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des IWH für Sachsen-Anhalt, Stand: Juni 2009.

Die globale Finanz- und Konjunkturkrise hat im vergangenen Winterhalbjahr tiefe Spuren in der Wirtschaft Sachsen-Anhalts hinterlassen. Alle großen Wirtschaftsbereiche, allen voran die Industrie, mussten herbe Rückschläge hinnehmen. Im Verarbeitenden Gewerbe hat die internationale Wirtschaftskrise am stärksten auf das Land durchgeschlagen. Der Umsatzeinbruch im Ausland hat sich im ersten Vierteljahr deutlich verstärkt. Im Inland sind die Umsätze ebenso gefallen, wenn auch weniger stark. Dieses Gefälle zieht sich durch alle industriellen Hauptgruppen. Die stärksten Einbußen mussten die Produzenten von Vorleistungsgütern hinnehmen, im Schnitt ging deren Auslandsumsatz um rund ein Drittel gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurück. Die Investitionsgüterproduzenten verloren rund ein Viertel, darunter die Hersteller von Kraftfahrzeugteilen sogar deutlich mehr als ein Drittel. Im Vergleich dazu schnitten die Hersteller von Verbrauchsgütern mit einem Minus von knapp 13% im Ausland noch recht günstig ab. Im Inland verloren sie kaum. Im Baugewerbe hat sich der Rückgang der Produktion gegenüber dem Schlussquartal beschleunigt. Auch gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet dies ein deutliches Minus. Einen wesentlichen Anteil daran dürften allerdings die ungünstigen Witterungsverhältnisse gehabt haben. Im ersten Quartal gerieten zudem die Unternehmensdienstleister in den Sog des Abschwungs. Im Verkehr beschleunigte sich der Leistungsrückgang, im Handel schwächte er sich dagegen ab.

Allerdings wurde die Wirtschaft Sachsen-Anhalts im ersten Quartal weniger stark vom konjunkturellen Abschwung getroffen als die deutsche Wirtschaft insgesamt. Ausschlaggebend dafür ist die geringere unmittelbare Abhängigkeit des hiesigen Verarbeitenden Gewerbes von den Auslandsmärkten. Die Produktion im Land ist zwar gegenüber dem Schlussquartal 2008 weiter abgestürzt, und dies bei rund 10% erstmals mit einer zweistelligen Rate. In Deutschland verringerte sie sich jedoch im Schnitt um 16%. Infolge des gesamtwirtschaftlich deutlichen Produktionsrückgangs im Verlauf des ersten Quartals unterschritt das Bruttoinlandsprodukt Sachsen-Anhalts auch seinen Stand vor Jahresfrist mit 4,6% deutlich. Bundesweit hat es sich um 6,7% verringert.

Udo Ludwig ([Udo.Ludwig@iwh-halle.de](mailto:Udo.Ludwig@iwh-halle.de))

\* Die vierteljährliche Konjunkturberichterstattung des IWH erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt Sachsen-Anhalt. Für die Berechnungsergebnisse trägt allein das IWH die Verantwortung.

## Im Fokus: Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfänger: Zielgenaue Disziplinierung oder allgemeine Drohkulisse?

Ein zentrales Ziel der Hartz-IV-Reform war es, die Förderung der Langzeitarbeitslosen durch arbeitsmarktpolitische Leistungen um eine Komponente verstärkten Forderns zu erweitern. In diesem Sinne sind die im Gesetz vorgesehenen und 2007 verschärften Sanktionsmöglichkeiten als ein Kernelement der Arbeitsmarktreform anzusehen. Angesichts der bei Hartz IV nur geringen Hinzuverdienstmöglichkeiten fungieren die Sanktionen auch als Ersatz für fehlende finanzielle Arbeitsanreize. Inzwischen wird die Verhängung von Sanktionen bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) umfangreich statistisch erfasst.

Sanktionen werden nach § 31 SGB II verhängt, wenn die betroffene Person die ihr in einer Eingliederungsvereinbarung oder einem entsprechenden Verwaltungsakt auferlegten Pflichten nicht erfüllt, eine zumutbare Arbeit oder einen Ein-Euro-Job ablehnt bzw. abbricht oder der Pflicht zur Meldung im Job-Center nicht nachkommt. Die Sanktionen bestehen darin, den Regelsatz (monatlich derzeit 351 Euro, ab 1. Juli 2009 359 Euro für Alleinstehende) für drei Monate um 30%, bei wiederholter Pflichtverletzung um 60% und am Ende einschließlich der Unterkunftskosten um 100% zu kürzen. Bei Meldeversäumnissen beträgt die Kürzung 10%. Jungen Menschen unter 25 Jahren wird der Regelsatz bereits bei der ersten Pflichtverletzung vollständig gestrichen. Bei der zweiten Pflichtverletzung entfallen auch die Unterkunftskosten. Es ist intendiert, bei jungen Menschen durch intensivere

Betreuung und verstärkten Druck die Entstehung von Langzeitarbeitslosigkeit schon im Ansatz zu verhindern.

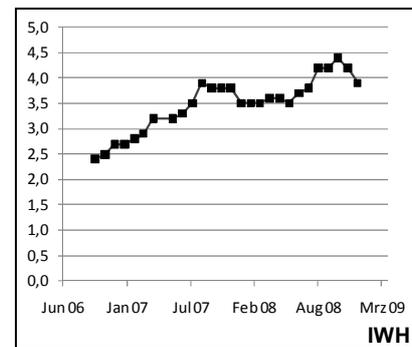
Die Zahl der Hartz-IV-Empfänger mit mindestens einer Sanktion stieg nach Einführung des SGB II im Jahr 2005 bis Herbst 2006 auf etwa 100 000 Personen an.<sup>1</sup> Im Jahr 2007 erfolgte eine Verschärfung der Sanktionsregeln. Die Kumulation mehrerer Sanktionen bei wiederholter Pflichtverletzung wurde verstärkt. Zudem wurde die Möglichkeit eingeführt, bei dreimaliger Pflichtverletzung innerhalb eines Jahres das Arbeitslosengeld II vollständig zu streichen. Seit der Verschärfung stieg die Zahl der Sanktionierten noch einmal an. Für den vergangenen Winter ist ein leichter Rückgang erkennbar (vgl. Abbildung 1). Im Januar 2009 lag die Zahl bei etwa 124 000 Personen oder 2,6% aller erwerbsfähigen Grundsicherungsempfänger. Betrachtet man nur die Arbeitslosen unter ihnen (zumal viele Sanktionen bei Nicht-Arbeitslosen nicht anwendbar sind)<sup>2</sup>, lag die Quote bei 3,7%.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Vgl. STATISTIK DER BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT: Grundsicherung für Arbeitsuchende: Sanktionen gegenüber erwerbsfähigen Hilfebedürftigen. Bericht der Statistik der BA. Nürnberg, April 2007, S. 5, S. 7.

<sup>2</sup> Nicht arbeitslose Leistungsbezieher sind z. B. solche Hartz-IV-Empfänger, die einen Ein-Euro-Job haben, sich in einer Weiterbildungsmaßnahme befinden oder die Grundsicherung aufstockend zu eigenem Lohneinkommen erhalten. Vgl. BUSCHER, H. S.: Wer ist arbeitslos, wer ist Leistungsbezieher?, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 4/2005, S. 112-118.

<sup>3</sup> STATISTIK DER BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT: Statistik der

Abbildung 1:  
Sanktionsquoten bei arbeitslosen Empfängern von Grundsicherung in 355 Kreisen und kreisfreien Städten  
- in % -



Anmerkung: Die Quote ist höher als im Gesamtdurchschnitt, da in den hier berücksichtigten Kreisen und kreisfreien Städten, für die eine solche lange Zeitreihe verfügbar ist, fast keine Optionskommunen vertreten sind, diese aber im Durchschnitt weniger sanktionieren.

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Datenzentrum Nürnberg (Hrsg.): Sanktionen nach Kreisen, Auswertung 2009; Darstellung des IWH.

Zum Verständnis regionaler Unterschiede der Zahl der Sanktionierten wird eine Regressionsanalyse für 438 bzw. 370 regionale Träger der Grundsicherung durchgeführt (vgl. Tabelle). Darin wird der Anteil der Hartz-IV-Empfänger mit mindestens einer Sanktion als zu erklärende Variable verwendet. Als unabhängige Variablen werden die (logarithmierte) Arbeitslosenquote, der Anteil der unter 25-Jährigen an den Hartz-IV-Empfängern, eine Dummy-Variable für Optionskommunen und der Betreuungsschlüssel verwendet.

Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II, Sanktionen. Nürnberg, Januar 2009, Daten mit einer Wartezeit von drei Monaten.

Tabelle:  
Regressionsanalyse zu den Einflussfaktoren auf die Sanktionsquote

	Koeffizienten (t-Statistik)	
	alle Träger	ohne Optionskommunen
Konstante	4,18*** (8,77)	4,79*** (8,88)
Arbeitslosenquote (logarithmiert)	-1,00*** (-11,46)	-1,02*** (-10,76)
Anteil der Empfänger unter 25 Jahren, in %	0,05** (2,20)	0,05** (2,27)
Optionskommune (Dummy-Variable)	-1,02*** (-9,46)	
Betreuungsschlüssel (Empfänger je Mitarbeiter)		-0,004*** (-2,84)
Beobachtungen	438	370
Bestimmtheitsmaß	0,34	0,30

\*/\*\*/\*\* = signifikant auf dem 10-/5-/1-Prozent-Niveau.

Abhängige Variable: Anteil der Hartz-IV-Empfänger mit mindestens einer Sanktion an allen Hartz-IV-Empfängern in %. OLS-(Ordinary-Least-Squares-)Regression mit robusten Standardfehlern mit Daten auf Trägerebene für Dezember 2008. Erfasst werden alle Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende außer der Stadt Erlangen, für die keine Daten zu den Sanktionen vorliegen.

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II – SGB-II-Kennzahlen für interregionale Vergleiche; Mitteilung des Bereichs POE 3 – Personalwirtschaft – der Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Je geringer die Arbeitslosigkeit in einer Region ist, desto größer ist hier der Anteil der Sanktionierten. Bei geringer Arbeitslosigkeit haben Personen, die auf Arbeit suchen, eine bessere Chance, aus dem Leistungsbezug auszuschneiden, sodass hier unter den verbleibenden Leistungsempfängern der Anteil derjenigen, die nicht nach Arbeit suchen, möglicherweise größer ausfällt. Hinzu kommt, dass die Job-Center in Regionen mit niedriger Arbeitslosigkeit den Langzeitarbeitslosen auch relativ viele Angebote machen können. Möglicherweise wird hier von Hartz-IV-Empfängern öfter erwartet, im Job-Center vorzusprechen oder Bewerbungen zu schreiben, weil die Erfolgsaussichten höher sind. Wird mehr von den Arbeitslosen erwartet, steigt das Risiko der Verfehlung und

besteht folglich mehr Möglichkeit zur Sanktionierung. Dies könnte auch erklären, warum im Winter 2008/2009 – einer Zeit mit wieder steigender Arbeitslosigkeit – die Sanktionszahlen absolut und relativ zurückgingen.

Der Anteil von jungen Leistungsempfängern wirkt sich im regionalen Vergleich signifikant steigernd auf die Sanktionszahlen aus. Bei den Leistungsempfängern unter 25 Jahren ist die Quote der Sanktionierten deutlich höher als bei den älteren Arbeitslosen (vgl. Abbildung 2).

Die Regressionsanalyse zeigt außerdem, dass in den 69 Kommunen, die die Hartz-IV-Verwaltung allein leisten (Optionskommunen), der Anteil der Sanktionierten signifikant kleiner ist als dort, wo die Arbeitsagenturen beteiligt sind (in Arbeitsgemeinschaften oder

bei getrennter Aufgabenwahrnehmung).<sup>4</sup> Eine mögliche Erklärung ist, dass die Kommunen als Träger der Sozialhilfe mit den Folgen von Armut direkter befasst sind und daher im Vergleich zu den Arbeitsagenturen direkte Armutsvermeidung etwas höher gewichten als die Aktivierung zur Arbeit. Umgekehrt wird die Bundesagentur für Arbeit allein an ihrem Erfolg hinsichtlich der Senkung der Arbeitslosenzahlen gemessen und berücksichtigt möglicherweise die Armutsrisiken der Aktivierungsstrategien etwas weniger. Allerdings wird eine Angleichung zwischen den verschiedenen Trägerformen konstatiert.<sup>5</sup>

Schließlich lässt sich zeigen, dass der Betreuungsschlüssel einen signifikanten Einfluss auf die Sanktionen hat. Zahlen zum Betreuungsschlüssel liegen nicht für die 69 Optionskommunen vor, sodass dessen Effekt nur für die Träger der Grundsicherung mit Beteiligung der Arbeitsagenturen überprüft werden kann (zweite Spalte in der Tabelle). Der Betreuungsschlüssel ist definiert als die Zahl der Hartz-IV-Empfänger, die auf einen Mitarbeiter im Bereich „Markt & Integration“ im Job-Center entfallen.<sup>6</sup> Je weniger

<sup>4</sup> Dies bestätigt entsprechende Ergebnisse aus der Hartz-IV-Evaluierung, vgl. ISR; IA; INFA; SIMMA & PARTNER; WZB: Evaluation der Experimentierklausel nach § 6c SGB II – Untersuchungsfeld 2: Implementations- und Governanceanalyse. Abschlussbericht 2008, S. 209, Abb. C.4.1-9.

<sup>5</sup> Vgl. Bericht zur Evaluation der Experimentierklausel nach § 6c des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch. DEUTSCHER BUNDESTAG: Drucksache 16/11488, 18.12.2008, S. 19.

<sup>6</sup> Dabei wird für die Zahl der Hartz-IV-Empfänger ein gleitender Jahresdurchschnitt angesetzt, um saisonale

Leistungsbezieher auf einen dortigen Mitarbeiter entfallen, desto mehr wird sanktioniert. Bei einer höheren Betreuungsintensität könnten an die Langzeitarbeitslosen höhere Anforderungen gestellt werden, sodass es auch häufiger zu Fällen kommt, in denen den Anforderungen nicht entsprochen wird.

Im Jahr 2008 beruhten 54% der Sanktionen auf Meldeversäumnissen. 17% der Sanktionen ergingen wegen Verletzung von Pflichten aus so genannten Eingliederungsvereinbarungen, wenn also beispielsweise ein Arbeitsloser weniger Bewerbungen schrieb als vorgesehen. 20% der Sanktionen wurden verhängt aufgrund der Weigerung, eine angebotene Arbeit, Ausbildung oder Maßnahme aufzunehmen bzw. fortzusetzen.

Der hohe Anteil von Meldeversäumnissen an den Sanktionsgründen deutet darauf hin, dass oft eher mangelnde Selbstorganisation als fehlende Arbeitsbereitschaft Ursache von Sanktionen sein könnte. Auch Sanktionen bei mangelnder Bewerbungsaktivität treffen möglicherweise oft eher die von erfolglosen Bewerbungen Frustrierten als die Unwilligen.

Im Jahr 2008 haben die Betroffenen gegen 10% der Sanktionen Widerspruch eingelegt. 37% der Widersprüche wurde voll, weiteren 4% teilweise stattgegeben. In 1% der Sanktionen kam es im Jahr 2008 zur Klage. Von den im Jahr 2008 erledigten Klagen wurden 51% ohne Gerichtsurteil dadurch abgeschlossen, dass das Job-Center die Rechtmäßigkeit der Klage anerkannte. In 14% wurde der Klage durch Gerichtsentscheidung ganz oder teilweise Recht

---

Schwankungen aus dieser Kennzahl herauszurechnen.

gegeben, in 12% wurde sie abgewiesen.<sup>7</sup> Diese hohen Anteile erfolgreicher Einsprüche könnten darauf zurückzuführen sein, dass vor allem dort Widerspruch eingelegt wird, wo er von Anfang an erfolgversprechend ist. Möglich ist aber auch, dass im Allgemeinen viele Sanktionen im Sinne des Gesetzes die Falschen treffen. Welcher Erklärung die größere Bedeutung zukommt, kann nicht ohne Weiteres beantwortet werden.

Hartz-IV-Empfänger unter 25 Jahren werden aufgrund des Gesetzes für dieselbe Pflichtverletzung schärfer sanktioniert. Auffallend ist, dass junge Menschen jedoch nicht nur härter, sondern auch deutlich häufiger sanktioniert werden als ältere Arbeitslose. So liegt die Sanktionsquote unter den arbeitslosen Hartz-IV-Empfängern ab 50 Jahren bei 1,4%, bei den 25- bis unter 50-Jährigen bei 3,9% und bei den unter 25-Jährigen bei 9,7% (Stand: Januar 2009). Die Älteren dürften am schwierigsten in Arbeit zu vermitteln sein, sodass vermutlich der Mangel an Angeboten für Ältere dazu führt, dass von ihnen auch weniger Aktivität eingefordert wird. Bei der hohen Sanktionsquote der Jüngeren unter 25 Jahren kann eine Rolle spielen, dass für sie die Betreuungsintensität höher ist. So lag der Betreuungsschlüssel zum 1. Dezember 2008 im Bundesdurchschnitt für

---

<sup>7</sup> Diese Daten beziehen sich auf die Träger der Grundsicherung mit Beteiligung der BA, also in Form der Arbeitsgemeinschaft oder der getrennten Aufgabenwahrnehmung. Damit erfassen sie 94% aller verhängten Sanktionen. Für die 69 Optionskommunen liegen keine Daten dazu vor. Quelle: Mitteilung der Bundesagentur für Arbeit.

die unter 25-Jährigen bei 1 zu 91, bei den Älteren bei 1 zu 173.<sup>8</sup>

Die hohe Zahl an Sanktionen gegen junge Arbeitslose steht in bemerkenswertem Kontrast zu Ergebnissen aus dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) zur Arbeitsbereitschaft von Arbeitslosen verschiedener Altersgruppen.<sup>9</sup> Im Rahmen dieser Erhebung werden an Arbeitslose unter anderem Fragen zur Arbeitsbereitschaft gestellt. Auf Basis der gegebenen Antworten lässt sich belegen, dass nur unter den älteren Arbeitslosen ein höherer Prozentsatz dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung stehen möchte. Vermutlich empfinden es viele Ältere als nicht mehr lohnend, einen aufwendigen Neueinstieg in den Arbeitsmarkt zu probieren, und stellen sich bereits auf den Ruhestand ein. Unter denjenigen jüngeren Arbeitslosen, die dem Arbeitsmarkt nicht sofort voll zur Verfügung stehen möchten, befindet sich ein hoher Anteil von Frauen mit Kindern. In der Altersgruppe der unter 25-Jährigen ist die Arbeitsbereitschaft demnach kaum geringer als in den anderen Altersgruppen.

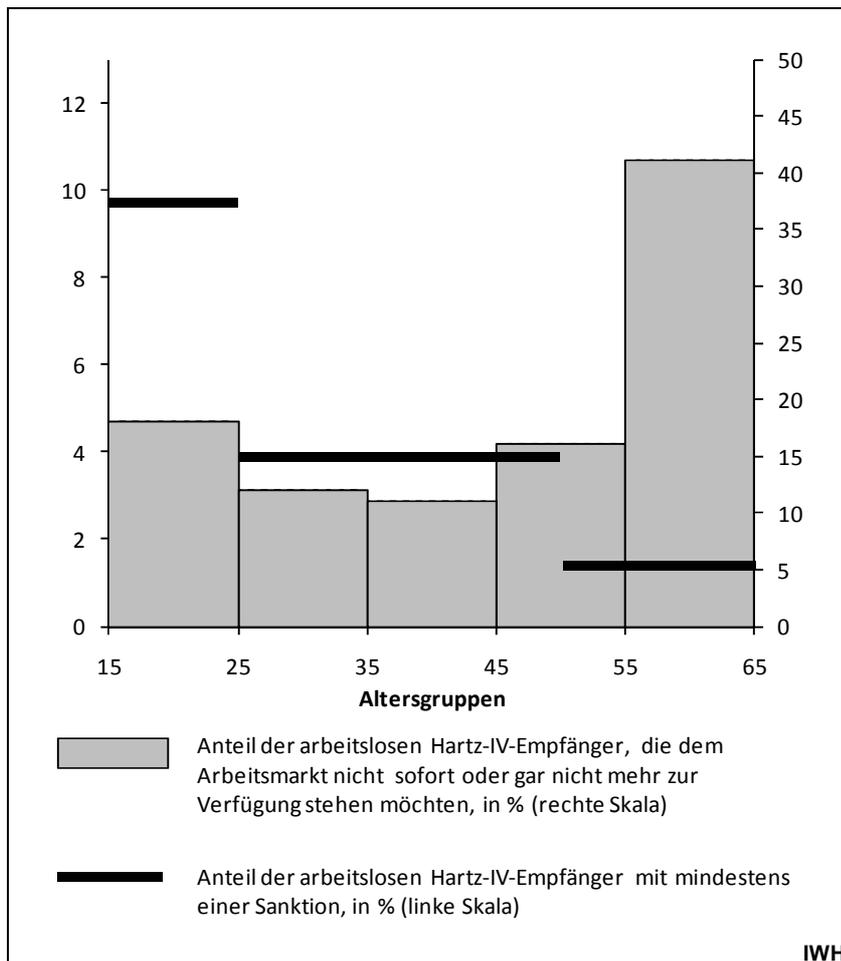
Jedoch werden von den Jüngeren überproportional viele sanktioniert. Die meisten und härtesten Sanktionen treffen also eine Altersgruppe, die von den Job-Centern

---

<sup>8</sup> Die Zahlen zum Betreuungsschlüssel beziehen sich ebenfalls nicht auf die 69 Optionskommunen. Politische Zielvorgaben sind Betreuungsschlüssel von 1 zu 75 bei den Jüngeren und 1 zu 150 bei den Älteren.

<sup>9</sup> Vgl. BRENKE, K.: Arbeitslose Hartz IV-Empfänger: Oftmals gering qualifiziert, aber nicht weniger arbeitswillig, in: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 43/2008, S. 678-684. – Ders.: Sind die Arbeitslosen arbeitsunwillig?, in: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 22/2002, S. 347-353.

Abbildung 2:  
Arbeitsbereitschaft und Sanktionsquoten verschiedener Altersgruppen  
der arbeitslosen Hartz-IV-Empfänger



Quellen: Brenke (2008), vgl. Fußnote 9; Statistik der Bundesagentur für Arbeit, vgl. Fußnote 3; Darstellung des IWH.

intensiver betreut wird, die aber den Ergebnissen aus dem SOEP zufolge nicht weniger arbeitsbereit ist als der Gesamtdurchschnitt (vgl. Abbildung 2).

Somit hängt die Wahrscheinlichkeit, sanktioniert zu werden, von einer Vielzahl von Faktoren ab, die teilweise nichts mit Arbeitsbereitschaft zu tun haben und oft außerhalb der Person liegen. Insgesamt ergeben sich erhebliche Zweifel, ob ein treffgenaues Sanktionssystem, wie es mit § 31 SGB II intendiert ist, überhaupt realisierbar ist. Die Hauptwirkung der Sanktionen besteht jedoch ver-

mutlich darin, eine allgemeine Atmosphäre des Drucks zu erzeugen, in der die Konzessionsbereitschaft von Arbeitslosen gegenüber potenziellen Arbeitgebern erhöht wird.<sup>10</sup> Einige Studien finden auch empirische Hinweise, dass die Arbeitsmarktreform die Beschäftigungs-

<sup>10</sup> Vgl. KETTNER, A.; REBIEN, M.: Hartz-IV-Reform – Impulse für den Arbeitsmarkt. IAB-Kurzbericht 19/2007. – KOCH, S.; KUPKA, P.; STEINKE, J.: Aktivierung, Erwerbstätigkeit und Teilhabe – Vier Jahre Grundsicherung für Arbeitsuchende. IAB-Bibliothek 315. Nürnberg, Bielefeld 2009, S. 229 ff., S. 270.

steigerung im letzten Aufschwung verstärkte.<sup>11</sup>

Die Androhung und die Verhängung von Sanktionen tragen somit zur Aktivierung der Erwerbsarbeit bei, stehen dabei jedoch im Widerspruch zur Garantie des Existenzminimums für alle. Eine Beurteilung der bestehenden Regelungen erfordert somit ein Werturteil hinsichtlich der Abwägung zwischen diesen beiden Zielen. Angesichts der geringen Treffsicherheit und der besonderen Härte, die eine Kürzung der Grundsicherung unter das Existenzminimum individuell bedeutet, sollte darauf verzichtet und anderen Formen der Arbeitsanreize, etwa verbesserten Hinzuverdienstmöglichkeiten, der Vorzug gegeben werden.

*Ingmar Kumpmann*  
(*Ingmar.Kumpmann@iwh-halle.de*)

<sup>11</sup> Vgl. beispielsweise BACH, H.-U.; GARTNER, H.; KLINGER, S.; ROTHE, T.; SPITZNAGEL, E.: Arbeitsmarkt 2007/2008 – Ein robuster Aufschwung mit freundlichem Gesicht. IAB-Kurzbericht 15/2007, S. 2 f. – SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG: Das Erreichte nicht verspielen. Jahresgutachten 2007/08, Ziffern 481-504. Für eine kritische Sicht vgl. HORN, G.; LOGEAY, C.; STAPFF, D.: Viel Lärm um nichts? Arbeitsmarktreformen zeigen im Aufschwung bisher kaum Wirkung. IMK Report Nr. 20/2007.

## Weltfinanzkrise trifft russische Wirtschaft aufgrund struktureller Schwächen hart

### – Kurzfassung –

*Bis in das Jahr 2008 hinein hat sich die einsetzende Verringerung der Liquidität im Bankensektor auf die Realwirtschaft nicht spürbar ausgewirkt. Mit dem Nachfrageeinbruch an den Rohstoffmärkten, dem rapiden Absturz des Ölpreises und der Zuspitzung der internationalen Finanzkrise im vorigen Sommer haben sich fallende Exporteinnahmen und massive Kapitalabflüsse jedoch unmittelbar ausgewirkt. Der Rubel geriet unter Druck, und mit dem Einbruch am russischen Finanzmarkt setzte auch ein wirtschaftlicher Abschwung ein, der sich zu Beginn dieses Jahres verstärkte. Das Ausmaß des wirtschaftlichen Einbruchs und des Vertrauensverlustes in die Währung ließ Vergleiche mit der Krise von 1998 aufkommen.*

*Die russische Regierung hat mit massiven Interventionen den Finanzmarkt und den Wechselkurs zu stabilisieren versucht. In Reaktion auf die Verschlechterung der Wirtschaftslage wurde zu-*

*sätzlich ein Paket von konjunkturstimulierenden Maßnahmen verabschiedet, das zu Beginn dieses Jahres in Kraft trat. Es sieht neben Steuervergünstigungen für Unternehmen Kreditgarantien des Staates sowie Maßnahmen zur sozialen Abfederung der Krisenfolgen vor. Dank enormer Mittel, die in den letzten Jahren im Stabilisierungsfonds aufgrund der hohen Rohstoffpreise akkumuliert worden sind, kann die Regierung zunächst eine stabilisierende Finanzpolitik betreiben. Die Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung sind insgesamt jedoch durch die hohe Abhängigkeit der Wirtschaft vom Ölpreis mit großen Risiken behaftet. Vor diesem Hintergrund wird das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr deutlich zurückgehen und sich dann 2010 leicht erholen.*

Martina Kämpfe (Seite 242)

## Exportweltmeister trotz Euro-Höhenflug

### – Zum Einfluss der Wechselkurse auf die deutschen Ausfuhren –

### – Kurzfassung –

*Trotz anfänglicher Skepsis hat sich der Euro in den ersten zehn Jahren nach seiner Einführung an den Devisenmärkten behauptet und gegenüber wichtigen Fremdwährungen deutlich an Wert gewonnen. Obgleich ein Großteil des Außenhandels der EWU-Mitgliedstaaten seit der Euro-Einführung keinem Wechselkursrisiko mehr unterliegt, birgt ein starker Euro für exportorientierte Länder wie Deutschland dennoch Gefahren.*

*Der vorliegende Beitrag untersucht die Auswirkungen von Wechselkursveränderungen auf die deutschen Exporte im Zeitverlauf. Die Analysen bestätigen, dass insbesondere die nominalen Wechselkurse an Einfluss verloren haben. Allerdings gilt dies nicht nur in Bezug auf den Gesamtexport, der allein durch die Verwirklichung der Währungs-*

*union weniger anfällig gegenüber Wechselkursschwankungen geworden sein dürfte, sondern auch für die Warenlieferungen in Länder außerhalb des Euroraums. Ein zunehmender Ausgleich nominaler Wechselkursveränderungen durch Preisanpassungen findet zwar statt, kann aber sicherlich nicht als alleiniger Erklärungsansatz für die schwindende Wechselkursreagibilität der Ausfuhren dienen, so dass weitere Faktoren in Betracht zu ziehen sind.*

*So zeigt sich etwa, dass die Exporte auch auf Veränderungen der realen Wechselkurse und damit der internationalen Preisrelationen immer weniger reagieren. Stattdessen werden die Ausfuhren zunehmend durch die konjunkturelle Entwicklung in den Handelspartnerländern determiniert. In diesem Zusammenhang konnte Deutschland aufgrund*

*seiner geographischen Lage sicherlich stärker als andere Länder von der kräftigen Nachfrageausweitung der mittel- und osteuropäischen Staaten profitieren, die die Euro-Aufwertung überlagert hat. Zudem haben die Kursgewinne des Euro den deutschen Exportgüterproduzenten auch wegen des*

*auf Investitions- und qualitativ hochwertige Industriegüter ausgerichteten Warenangebots kaum geschadet.*

Götz Zeddies (Seite 247)

## Wie werden Städte zu Zentren der Kreativität und Innovation? Ein Bericht über das „2<sup>nd</sup> Halle Forum on Urban Economic Growth“ am IWH

### – Kurzfassung –

*Die Abteilung Stadtökonomik des IWH veranstaltete am 27. und 28. November 2008 das zweite Halle Forum on Urban Economic Growth. Die Forumsvorträge sowie die in das Programm eingebettete Podiumsdiskussion beschäftigten sich mit der Frage, welche strategischen Handlungsmöglichkeiten Städten offenstehen, um sich als Zentren der Kreativität und Innovation entwickeln zu können. Diese Frage stellt sich insbesondere Städten in Transformationsökonomien, die durch einen erheblichen Strukturwandel gekennzeichnet sind und die nach Chancen für einen wirtschaftlichen Neuanfang Ausschau halten. Die Vorträge und Diskussionsbeiträge behandelten die allgemeine Bedeutung lokaler Kontextbedingungen für Kreativität, die Wissensvermittlung und verschiedene Ansätze, die entsprechenden Kontextbedingungen gezielt zu gestalten.*

*Neben Hinweisen zu praktikablen Handlungsstrategien für Städte mit Wissenschaftseinrichtungen lieferte das Forum ebenso die Erkenntnis, dass*

*in mehrerlei Hinsicht noch weiterer Forschungsbedarf besteht. Insbesondere ist bislang ungenügend geklärt, über welche Wirkungskanäle Wissens-Spillovers zwischen Wissenschaft und lokaler Wirtschaft verlaufen. Daneben muss die – auch im Verlauf der Tagung mehrfach erhobene – Forderung nach einer stärkeren Passung der Fächerstruktur der Wissenschaftseinrichtungen mit der Branchenstruktur der Wirtschaft in der Region noch durch weitere empirische Forschung auf ihre Angemessenheit hin überprüft werden. Darüber hinaus ist unklar, wie weit die unternehmerische Orientierung von Hochschulen getrieben werden kann, wie z. B. bei der wirtschaftlichen Verwertung der in ihren Mauern entwickelten Patente, ohne dass sich das Hochschulpersonal Identitätsproblemen und Konflikten mit den Werten des Wissenschaftssystems gegenüber sieht.*

Peter Franz, Martin T. W. Rosenfeld,  
Annette Illy (Seite 255)

## Weltfinanzkrise trifft russische Wirtschaft aufgrund struktureller Schwächen hart

Die dynamische Wirtschaftsentwicklung setzte sich im Jahr 2008 in Russland zunächst noch weitgehend unbeeindruckt von den Auswirkungen der internationalen Finanzmarkturbulenzen fort.<sup>12</sup> Erste Anzeichen einer Verschlechterung der Kreditkonditionen hatten zwar schon zuvor zu einer Verringerung der Liquidität im Bankensektor geführt, doch größere negative Effekte auf die Realwirtschaft waren bis in das Jahr 2008 hinein weitgehend ausgeblieben. Das änderte sich schlagartig mit der Zuspitzung der internationalen Finanzkrise im vorigen Sommer. Der weltweite Nachfrageeinbruch an den Rohstoffmärkten und der rapide Absturz des Ölpreises innerhalb kurzer Zeit trafen die Wirtschaft hart: Fallende Exporteinnahmen und massive Kapitalabflüsse ließen den Rubel unter Druck geraten und erschütterten den Finanzsektor. Wenig später wurde auch die Realwirtschaft direkt getroffen; zusammen mit dem Ölpreisverfall und der einsetzenden starken Abschwächung der weltweiten Nachfrage nach russischen Exporten kam es ab dem vierten Quartal vergangenen Jahres zu Kontraktionen, die sich in den ersten Monaten dieses Jahres ungebremst fortsetzten.

### **Zuspitzung der Weltfinanzkrise destabilisiert russischen Finanzsektor**

Die Zuspitzung der Weltfinanzkrise provozierte einen Kapitalabfluss vom russischen Finanzmarkt und destabilisierte ihn; das Misstrauen unter den Banken wuchs, sie betrieben eine sehr vorsichtige Kreditpolitik und hielten einen Teil ihrer Mittel in Reserve. Obwohl die Banken noch Liquidität hatten, stiegen die Zinsen am Geldmarkt als Zeichen der Unsicherheit, des Vertrauensschwunds und der Inflationserwartungen der Marktteilnehmer. Die Kreditvergabe geriet ins Stocken, das Kreditwachstum wurde schwächer. Es sank gegenüber den Nicht-Banken im vierten Quartal 2008 um 26% im Vergleich zum dritten Quartal, wobei im November und Dezember ein absoluter Rückgang eintrat. Die Folge war eine Störung der Geldversorgung, die sich auf die russischen Unternehmen unmittelbar auswirkte. Neben kleineren und mittleren Unternehmen waren auch mehrere große Unternehmen

der Metallindustrie betroffen, die in Zahlungsschwierigkeiten gerieten oder Konkurs anmeldeten. Sie hatten zur Finanzierung ihrer Tätigkeit und der weiteren Bedienung von Krediten seit geraumer Zeit auf Kredite durch ein Bankenconsortium von russischen und ausländischen Banken (so genannte *syndicated loans*) zurückgegriffen, die sich nicht mehr wie bisher aufrechterhalten ließen.<sup>13</sup>

In den Jahren zuvor war bereits ein Anstieg der Kreditaufnahme des privaten Sektors sowohl auf dem inländischen Markt als auch im Ausland zu verzeichnen. Die inländischen Banken ihrerseits waren dieser sprunghaft gestiegenen Kreditnachfrage nur durch eine zunehmende Kapitalbeschaffung auf ausländischen Märkten gewachsen. Im Herbst des Jahres 2008 betrug die Verschuldung des Bankensektors und der Unternehmen im Ausland etwa 500 Mrd. US-Dollar, was einer Zunahme von etwa 20% allein seit Beginn des Jahres entspricht.<sup>14</sup> Davon entfielen knapp zwei Drittel auf die Unternehmen. Ein Drittel der Gesamtverschuldung entfiel auf die Banken, und davon wiederum etwa ein Drittel auf Kredite mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr.

Die Verschlechterung der Kreditkonditionen auf den internationalen Finanzmärkten bildete für den Banken- wie den Nicht-Bankensektor ein Problem. Die Situation im russischen Bankensektor unterscheidet sich von der in den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern, da sich nur ein vergleichsweise geringer Anteil, etwa 25%, in ausländischer Hand befindet, und dies auch erst durch Anteilsverkäufe zweier Großbanken im Jahr 2007, davor waren es nur 16%.<sup>15</sup> Es besteht eine große Konzentration des Kapitals: Von den etwa 1 150 Banken halten fünf Großbanken in mehrheitlichem

<sup>12</sup> Das IWH untersucht die aktuelle Wirtschaftsentwicklung und den Stand der Reformen in Russland seit einer Reihe von Jahren, letztmalig im Jahr 2008.

<sup>13</sup> Diese Form der Kreditvergabe ist in Russland stark gestiegen, das Land ist inzwischen der drittgrößte Schuldner dieser Form in Europa. Vgl. REUTERS LOAN PRICING CORPORATION, <http://www.loanpricing.com/>.

<sup>14</sup> BANK OF RUSSIA: External Debt of the Russian Federation, March 2009 (estimate). Vgl. [http://www.cbr.ru/eng/statistics/credit\\_statistics/print.asp?file=debt\\_est\\_e.htm](http://www.cbr.ru/eng/statistics/credit_statistics/print.asp?file=debt_est_e.htm), Zugriff am 18.05.2009.

<sup>15</sup> Ausländische Beteiligungen, auch wenn sie in den letzten Jahren zugenommen haben, unterliegen strengen Auflagen und sind im Bankensektor, der von der Regierung wie die so genannten „strategischen Sektoren“ behandelt wird, eher unerwünscht. Beteiligungen werden oft nur aus inländischem Kapitalmangel heraus zugelassen. Der Anteil reiner ausländischer Privatbanken ist bedeutungslos, er liegt bei etwa 5%.

Staatsbesitz ca. 45% der Gesamtaktiva des Bankensektors. Über diese Großbanken wird die Geldversorgung der Unternehmen und der Kleinbanken gelenkt. Wenn sich die Finanzierung dieser Banken verschlechtert, verschlechtert sich auch die Lage auf dem Bankenmarkt insgesamt. Zur Verringerung der ausländischen Kapitalbeschaffung kam für die Banken erschwerend hinzu, dass sich die Einlagen (Depositen) der Unternehmen und der privaten Haushalte seit 2007 erheblich langsamer entwickelt haben und es teilweise auch – ausgelöst durch Unsicherheiten im weiteren Verlauf der Finanzkrise – zum Abzug von Einlagen kam. Für die Unternehmen mit ausländischer Verschuldung war vor allem problematisch, dass die Erneuerung der kurzfristigen Kredite durch ausländische Banken nicht mehr gesichert schien oder gar nicht weiter stattfinden konnte.

Mit dem Fall des Preises für russisches Öl der Marke Ural im September 2008 um etwa ein Drittel unter den Höchstpreis von Mitte Juli desselben Jahres<sup>16</sup> geriet der Wertpapiermarkt unter Druck. Der Index der wichtigsten 50 Industrieunternehmen RTS (Russian Trading System Stock Exchange) verlor innerhalb weniger Tage mehr als 35% an Wert, ebenso brach der MICEX, der Moskauer Börsenindex, ein (vgl. Abbildung 1).

Der RTS-Index reagiert sehr empfindlich auf Preisveränderungen an den Rohstoffmärkten, da in ihm mehr als die Hälfte der Unternehmen der Öl- und Gasindustrie sowie der Metallbranche enthalten sind. Die Korrektur der Börsenwerte der Unternehmen war am stärksten im Oktober 2008, schließlich lag der RTS fast 70% unter dem Wert vom Januar 2008, der MICEX schrumpfte um 60%. Neben Aktien der Ölindustrie sowie der Metallurgie waren nun auch Unternehmen des Maschinenbaus, der Telekommunikation, der Stromversorgung sowie Kreditinstitute betroffen, die ihre Talfahrt 2009 fortsetzten.

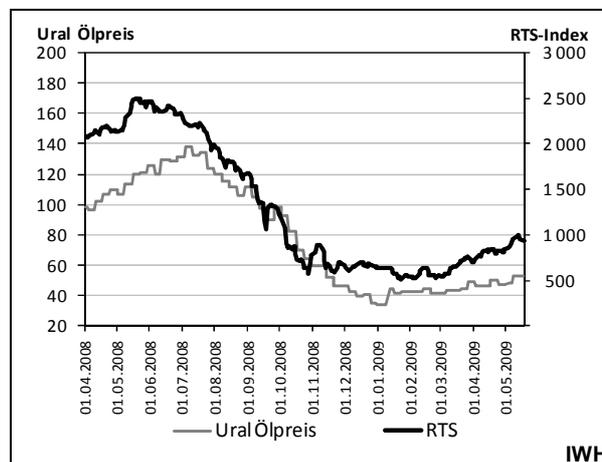
Wenig später verschlechterten sich auch am Markt für Staatspapiere die Konditionen: Mit einem rapiden Anstieg der Renditen für Staatspapiere (*bond yields*) als Reaktion des Markts auf die Ankündigung der Herabstufung des Kreditratings für Russland durch die Ratingagentur Standard & Poor's im Oktober 2008 stiegen die Finanzierungskosten für den Staat.<sup>17</sup> Aufgrund dann beginnender mangeln-

<sup>16</sup> Der Preis für Öl der Marke Ural sank von 139 US-Dollar je Barrel im Juli auf 92 US-Dollar im September und 32 US-Dollar im Dezember 2008.

<sup>17</sup> Die Reaktion erfolgte bereits auf die bloße Ankündigung einer Herabstufung hin, Standard & Poor's nannten als ausschlaggebend u. a. Kapitalabflüsse, hohe Kosten der

der Nachfrage nach Staatspapieren setzte das Finanzministerium den Handel für drei Monate ganz aus; im ersten Quartal 2009 fielen die Renditen wieder, die Nachfrage blieb jedoch weiterhin gering.

Abbildung 1:  
Russian Trading System Stock Exchange und Preis für Erdöl der Marke Ural, 2008 bis 2009



Quellen: EIA (Energy Information Administration); RTS (Russian Trading System Stock Exchange); Darstellung des IWH.

### **Bisherige Geld- und Wechselkurspolitik erschwert schnelle Entspannung der Lage**

Zentralbank und Regierung handelten koordiniert, um den Finanzmarkt zu stabilisieren. Die Zentralbank senkte unmittelbar nach dem ersten Börsenbruch Mitte September 2008 die Mindestreservesätze um vier Prozentpunkte – was nahezu eine Halbierung des bisherigen Zinses bedeutete –, einen Monat später nochmals um vier Prozentpunkte bis auf 0,5%. Zugleich erweiterte sie die Refinanzierungsmöglichkeiten für die Banken erheblich, insbesondere durch die Möglichkeit, Kredite ohne jegliche hinterlegte Sicherheiten zu bekommen; auch die Laufzeit der Kredite wurde auf sechs Monate ausgedehnt. Damit wurde es den Banken erleichtert, sich bei der Zentralbank zu refinanzieren. Das Finanzministerium stellte den drei führenden Großbanken kurzfristig Mittel zur Verfügung, die über den Interbankenmarkt an kleinere Banken weitergegeben werden sollten, und erklärte sich darüber hinaus bereit, Verluste dieser drei Banken auf dem Interbankenmarkt zu decken. Über die VEB (Vneshekonombank), eine auf Auslandstransaktionen

Stabilisierung des Finanzsystems und ein für 2009 drohendes Budgetdefizit. Die eigentliche Herabstufung von BBB+ auf BBB erfolgte Anfang Dezember 2008.

spezialisierte Bank, wurden Mittel aus den Zentralbank-Devisenreserven zur Verfügung gestellt, um Unternehmen kurzfristig bei der Finanzierung ihres ausländischen Schuldendienstes zu unterstützen. Schließlich beschloss die Regierung Ende September 2008, nötigenfalls Unternehmensanteile russischer Unternehmen aufzukaufen und als Anteile zu halten, bis sich der Markt beruhigt hat.<sup>18</sup>

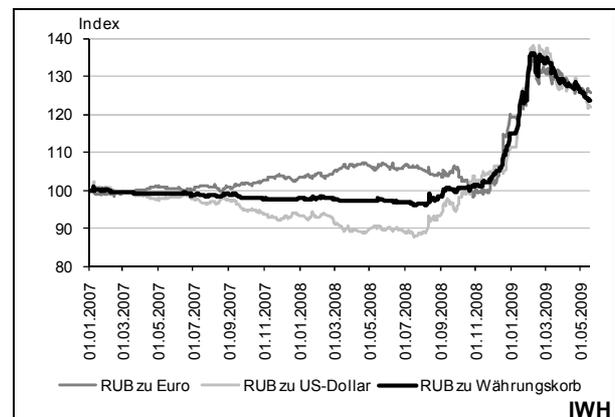
Auch für die Wechselkurspolitik änderten sich die Bedingungen. Der Rubel wertete seit dem Sommer 2008 gegenüber dem US-Dollar ab, im September gab der Kurs stärker nach als in den Vormonaten und es bestand die Gefahr einer kurzfristigen abrupten Abwertung. Die Nachfrage der Wirtschaftsakteure nach Devisen wuchs aufgrund der Abwertungserwartungen stark. Die Zentralbank ließ den Rubel gegenüber einem Währungskorb aus US-Dollar und Euro in kleinen Schritten abwerten, indem sie die Schwankungsbreite des Wechselkursbands über mehrere Wochen, teilweise mehrmals wöchentlich, geringfügig erweiterte. Durch diese schrittweise erfolgende und kontrollierte Abwertung konnte verhindert werden, dass massive Rubelverkäufe privater Anleger das Bankensystem gefährdeten. Im Januar 2009 traf die Zentralbank angesichts andauernder Kurskorrekturen und weiterer Abwertungsspekulationen die Entscheidung für einen kräftigen einmaligen Abwertungsschritt und erweiterte das Wechselkursband um 10% auf 41 Rubel als Untergrenze gegenüber dem Währungskorb. Seitdem hat sich der Kurs innerhalb des Zielkorridors stabilisiert und seit März 2009 sowohl zum offiziellen Währungskorb als auch zum Euro wieder etwas aufgewertet (vgl. Abbildung 2).

Um den im Sommer 2008 einsetzenden Kapitalabfluss<sup>19</sup> einzudämmen, wurde der Leitzins im vierten Quartal 2008 in zwei Schritten auf zuletzt 13% angehoben, er lag damit drei Prozentpunkte über dem Wert vom Dezember 2007. Zugleich wurden nochmals die verschiedenen Refinanzierungsinstrumente ausgeweitet: Die zuvor beschlossene befristete Senkung der Mindestreservesätze wurde bis Ende April 2009 verlängert, ebenso verlängert wurde die Laufzeit unbesicherter Kredite von sechs Monaten auf ein Jahr.

<sup>18</sup> Im weiteren Verlauf der Weltfinanzkrise hat die Regierung eine derartige Vorgehensweise, die sichern sollte, dass Anteile strategischer Unternehmen nicht durch Illiquidität an ausländische Gläubiger fallen, aufgegeben.

<sup>19</sup> Der Kapitalabfluss durch private Investoren setzte ausgelöst durch den Georgienkonflikt im August 2008 ein und betrug im dritten Quartal 17,4 Mrd. US-Dollar, im vierten Quartal mit Zuspitzung der Krise dann 130,5 Mrd. US-Dollar.

Abbildung 2:  
Nominaler Rubelwechsellkurs gegenüber US-Dollar,  
Euro und Währungskorb  
- Januar 2007 bis Mai 2009; Januar 2007 = 100 -



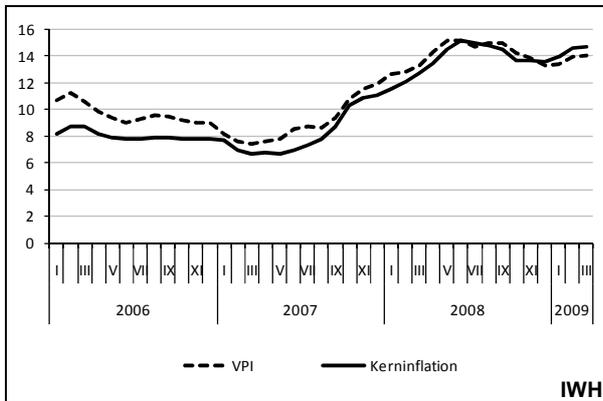
Quellen: Bank of Russia; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Trotz der zunehmend kritischeren Situation auf dem Finanzmarkt hat die Zentralbank ihren restriktiven geldpolitischen Kurs nie ganz aufgegeben. So hat sie noch im Jahr 2007 und in den ersten drei Quartalen 2008 bis unmittelbar zum Krisenszenario im September die Mindestreservevorschriften verschärft und die Leitzinsen mehrfach angehoben, mit der Begründung einer zu großen Liquidität im Bankensektor. Sie wich von diesem Kurs auch dann nicht ab, als die drei größten Banken Sberbank, Vneshtorgbank (VTB) und Gazprombank angesichts der einsetzenden Finanzierungsprobleme im Bankensektor wiederholt öffentlich die Geldpolitik der Zentralbank kritisierten. Daraufhin hat die Notenbank lediglich andere Maßnahmen zur Geldmengensteuerung ergriffen, so u. a. ihre Liste von Wertpapieren erweitert, die sie als Sicherheiten für Darlehen anerkennt, im Übrigen jedoch erklärt, dass die Liquiditätsverringerung dem Bankensektor bislang keine wesentlichen Probleme bereite.

Hintergrund dieses restriktiven geldpolitischen Kurses ist die vergleichsweise hohe Inflation, die bereits seit geraumer Zeit nicht wesentlich weiter zurückgeführt werden konnte und die sich 2008 wieder stärker beschleunigte (vgl. Abbildung 3). Die stärkere Beschleunigung im vergangenen Sommer war zwar überwiegend den damaligen Preisentwicklungen auf den Weltmärkten geschuldet, die Inflationsbekämpfung zuvor war jedoch weitgehend erfolglos geblieben.<sup>20</sup>

<sup>20</sup> Zum Problem der Inflationsbekämpfung durch die Zentralbank vgl. auch KÄMPFE, M.: Russland: Anhaltend kräftige Wirtschaftsentwicklung wird von hoher Inflation überschattet, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 6/2008, S. 237-243.

Abbildung 3:  
Verbraucherpreisindex (VPI) und Kerninflation<sup>a</sup>,  
2006 bis 2009  
- in % -



<sup>a</sup> Unter der Kerninflation wird nach gängiger Definition der um die Preise für Energie und unverarbeitete Lebensmittel bereinigte Verbraucherpreisindex verstanden.

Quellen: Bank of Russia: Quarterly Inflation Review; Darstellung des IWH.

Die Zentralbank befand sich in einem Dilemma zwischen Wechselkursstabilisierung und Inflationsbekämpfung. Sie versuchte während vergangener Jahre, durch den Kauf von Devisen den Wert des Rubel zum Währungskorb aus Euro und US-Dollar annähernd konstant zu halten (vgl. Abbildung 2), wodurch die Geldmenge und damit das Inflationspotenzial stiegen. Wiederholte Interventionen am Devisenmarkt in den letzten Jahren haben somit nicht unwesentlich zur Persistenz der Inflations Tendenzen beigetragen.<sup>21</sup> Die jüngeren Maßnahmen zur Geldpolitikstraffung wurden als Zeichen dafür gewertet, dass die Zentralbank nunmehr der Inflationsbekämpfung den Vorrang vor der Wechselkursstabilisierung gibt. Unmittelbar in der Krise erklärte die Regierung dann zwar, dass nun die Stabilisierung des Marktes mit allen Mitteln den Vorrang habe und die Inflationsbekämpfung zweit-rangig sei. Allerdings ist es ihr trotz einer raschen und koordinierten Handlungsweise bis zum Frühjahr 2009 nicht gelungen, über staatliche Interventionen den Kreditfluss wieder in Gang zu setzen, und es gab anhaltende Kritik, die Zinsen seien für die derzeitige Wirtschaftslage unangemessen hoch. Erst im zweiten Quartal senkte die Zentralbank dann zweimal die Leitzinsen (Refinanzierungszins

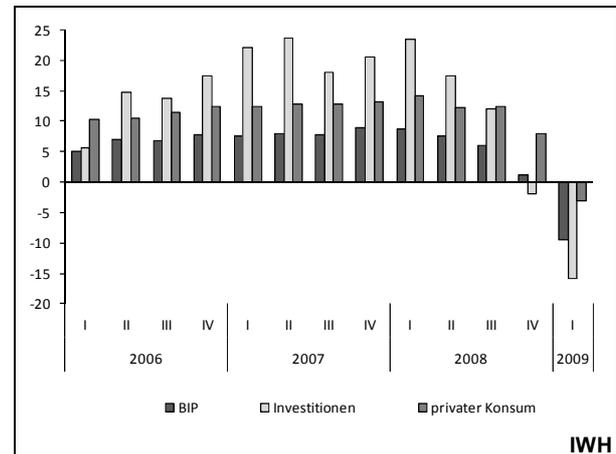
<sup>21</sup> Wiederholt hat der Internationale Währungsfonds (IWF) von der Zentralbank gefordert, sich entschiedener um eine Senkung der Inflation zu bemühen und im Interesse des Stabilitätsziels auch auf den Ankauf ausländischer Währungen zur Begrenzung der Wechselkursaufwertung zu verzichten.

und *overnight rate*), jeweils um einen halben Prozentpunkt auf derzeit 12%.

### **Starker realwirtschaftlicher Abschwung fordert weitere Antikrisenmaßnahmen heraus**

Mit dem Einbruch am russischen Finanzmarkt setzte im Herbst vergangenen Jahres auch ein wirtschaftlicher Abschwung ein, der sich zu Beginn dieses Jahres verstärkte und einen Einbruch der Produktion und des Absatzes in nahezu allen Wirtschaftssektoren mit sich brachte (vgl. Abbildung 4). In den ersten Monaten 2009 haben sich die Erwartungen der Unternehmen in einem Maß verschlechtert wie zuletzt in der Zeit der Krise 1998.

Abbildung 4:  
Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP), Investitionen  
und privater Konsum, 2006 bis 2009  
-in % zum Vorjahresquartal -



Quellen: Rosstat; 2009: Schätzung; Darstellung des IWH.

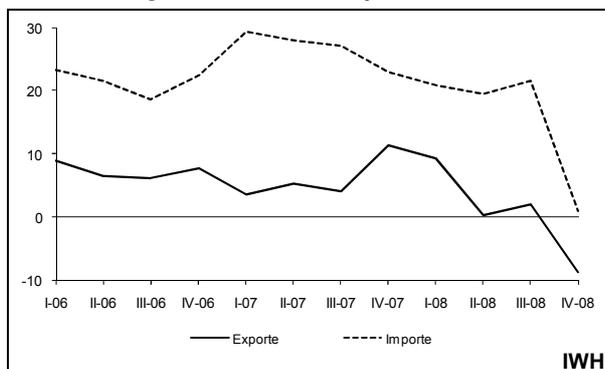
Auch das Konsumentenvertrauen hat sich in ähnlichem Ausmaß verschlechtert. Umfragen des Statistischen Amtes zeigen einen absturztartigen Rückgang des Vertrauens-Index im ersten Quartal dieses Jahres.<sup>22</sup> Die rasch steigende Arbeitslosigkeit sowie das stark abgeschwächte Lohnwachstum haben die Einkommenslage eingetrübt; erstmals seit Jahren sanken die Einzelhandelsumsätze in den ersten Monaten 2009 absolut.

Im Unterschied zur Binnennachfrage, die sich erst im vierten Quartal 2008 spürbar verlangsamte, schwächte sich die Außennachfrage bereits seit dem Jahresende 2007 ab. Gegen Jahresende 2008 kam es schließlich auch zu einer absoluten Schrump-

<sup>22</sup> Vgl. ROSSTAT: Potrebitel'skije ozidania v Rossji v I kvartale 2009 g, [http://www.gks.ru/bgd/free/B04\\_03/IssWWW.exe/Stg/d02/57.htm](http://www.gks.ru/bgd/free/B04_03/IssWWW.exe/Stg/d02/57.htm), Zugriff am 16.04.2009.

fung der Exporte, die sich zu Beginn dieses Jahres beschleunigt fortsetzte. Der Außenbeitrag verringerte sich, da die Importe weniger stark zurückgingen (vgl. Abbildung 5).

Abbildung 5:  
Entwicklung der Exporte und Importe nach Quartalen, 2006 bis 2008  
- Veränderungsrate in % zum Vorjahr -



Quelle: Rosstat; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Tabelle 1:  
Eckdaten der wirtschaftlichen Entwicklung für Russland in den Jahren 2007 bis 2010

	2007	2008	2009	2010
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>			
Bruttoinlandsprodukt	8,1	5,6	-5,0	0,5
Private Konsumausgaben	13,7	11,3	-2,5	1,3
Staatskonsum	3,4	2,5	3,6	3,6
Anlageinvestitionen	21,1	10,0	-12	-1,2
Exporte	6,3	0,5	-5,3	-1,5
Importe	26,5	15,0	-6,5	-3,5
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>			
Verbraucherpreise	9,0	14,1	12,5	10
	<i>in % der Erwerbspersonen</i>			
Arbeitslosenquote <sup>a</sup>	6,1	6,3	10	10

<sup>a</sup> Arbeitslosenquote. ILO-Methode.

Quellen: Rosstat; 2009 und 2010: Prognose des IWH.

Die russische Regierung hat in Reaktion auf die Verschlechterung der Wirtschaftslage und die steigende Arbeitslosigkeit ein Paket von konjunkturstimulierenden, finanzmarktstabilisierenden und sozialpolitisch motivierten Maßnahmen verabschiedet. Zuvor war es im Vorfeld der Diskussionen zum Haushaltsgesetz für 2009 angesichts einer drohenden wirtschaftlichen Krise bereits zunehmend zur Uneinigkeit zwischen dem Finanzministerium und

dem Wirtschaftsministerium über geeignete wirtschaftspolitische Maßnahmen und die Verwendung staatlicher Mittel dafür gekommen. Während der Finanzminister vor einer weiteren Inflationsanheizung durch zu extensive Kreditvergabe warnte und sich für eine restriktivere Haushaltspolitik und die strengere Kontrolle der Verwendung von Haushaltsmitteln aussprach, vertrat das Wirtschaftsministerium eine entgegengesetzte Haltung. Schließlich wurde eine Einigung über Maßnahmen erzielt, die zum Jahresbeginn 2009 in Kraft traten. Darin sind weitere Mittel für die Stabilisierung des Finanzmarktes, aber auch für die Förderung der Beschäftigung sowie Steuersenkungen für die Unternehmen vorgesehen. Es wurde eine Liste von ca. 300 Unternehmen erstellt, die Zugang zu spezieller staatlicher Unterstützung erhalten sollen; darüber hinaus hat die Regierung die Übernahme von Kreditgarantien angekündigt, die bis zu 50% der Kreditsumme für Unternehmen in allen Branchen decken sollen, in der Rüstungsindustrie bis zu 70%. Zum Jahresbeginn 2009 trat außerdem eine Anhebung des allgemeinen Mindestlohns und der Arbeitslosenunterstützung in Kraft, die in ihrem Ausmaß bisherige Schritte in dieser Hinsicht übertrifft: Der Mindestlohn wurde etwa verdoppelt, die Arbeitslosenunterstützung mehr als verdreifacht. Sie beträgt nunmehr etwa ein Drittel des monatlichen Durchschnittslohns.

Tabelle 2:  
Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts, 2007 bis 2010  
- in Prozentpunkten -

	2007	2008	2009	2010
Private Konsumausgaben	6,7	5,4	-1,2	0,6
Staatskonsum	0,6	0,4	0,6	0,7
Anlageinvestitionen	4,0	2,2	-2,5	-0,2
Vorratsveränderung	0,3	0,6	-0,1	-0,2
Außenbeitrag	-3,5	-3,0	-2,0	-0,4
Bruttoinlandsprodukt <sup>a</sup>	8,1	5,6	-5,0	0,5

<sup>a</sup> Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Rosstat; Berechnungen des IWH; 2009 und 2010: Prognose des IWH.

Das Haushaltsgesetz – in seiner ursprünglichen Fassung bereits im Vorjahr verabschiedet – wurde überarbeitet und den neuen Realitäten angepasst.<sup>23</sup>

<sup>23</sup> Die Einnahmen wurden auf der Basis eines durchschnittlichen Ölpreises von 41 US-Dollar/Barrel (statt in alter Fassung 95 US-Dollar) berechnet, das Defizit wurde auf 7,4% des zugrunde gelegten BIP veranschlagt.

Es sieht nunmehr stärker verminderte Einnahmen einschließlich eines Budgetdefizits vor. Grundlegend geändert wurde die Ausgabenstruktur: Mehr Mittel werden zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise eingesetzt. Stärker zur Finanzierung der Antikrisenmaßnahmen in Anspruch genommen werden soll der Stabilisierungsfonds. Er ist mit seinen im „Reservefonds“ akkumulierten Mitteln ohnehin zum Ausgleich von Einnahmeverlusten des Haushalts vorgesehen, zusätzlich sollen jedoch aufgrund der besonderen Lage auch Mittel des zweiten Teilfonds („Fonds des Nationalen Wohlstands“) verwendet werden. Beide Teilfonds haben angesichts der 2008 im Jahresvergleich noch außerordentlich hohen Einnahmen aus dem Ölexport beträchtliche Mittel akkumuliert.<sup>24</sup>

Aufgrund dieses Finanzpolsters kann die Regierung also zunächst eine Politik betreiben, die die Lage stabilisieren dürfte. Eine schnelle Entspannung ist dennoch nicht zu erwarten. Sollte sich der Ölpreis auf einem so niedrigen Niveau einpegeln, wie es in den letzten Monaten erreicht wurde, wird

nicht nur der Staatshaushalt ein Defizit aufweisen, sondern werden zukünftig auch die Finanzmittel für wichtige Reformvorhaben (u. a. Renten- und Gesundheitssystem) sowie für die geplante Modernisierung von Teilbereichen der Wirtschaft nicht mehr in dieser Weise zur Verfügung stehen. Die Abhängigkeit der russischen Wirtschaft von der Lage auf den Rohstoffmärkten trifft sie unter den gegenwärtigen Bedingungen besonders hart. Angesichts höherer Finanzierungskosten für die Unternehmen werden die Investitionen zunächst weiter gedämpft werden; schlechtere Einkommensaussichten werden den Konsum drücken. Allerdings dürfte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der russischen Unternehmen durch die Abwertung des Rubel verbessern, sodass die Produktion und die Exporte angeregt werden. Das Bruttoinlandsprodukt wird sich daher nach einem deutlichen Rückgang in diesem Jahr dann 2010 wieder leicht erholen.

*Martina Kämpfe*  
(*Martina.Kaempfe@iwh-halle.de*)

## Exportweltmeister trotz Euro-Höhenflug – Zum Einfluss der Wechselkurse auf die deutschen Ausfuhren –

Mit den Vorbereitungen zur Einführung einer europäischen Gemeinschaftswährung Ende der 1980er Jahre kamen schnell Zweifel auf, ob in der damaligen Europäischen Gemeinschaft (EG) überhaupt die ökonomischen Voraussetzungen einer Währungsunion gegeben sind. Da die Mitgliedstaaten aufgrund erheblicher makroökonomischer Divergenzen die Kriterien eines optimalen Währungsraums nicht erfüllten, fürchtete man um die Stabilität einer gemeinsamen Währung. Doch entgegen diesen Befürchtungen hat sich der Euro in den ersten zehn Jahren nach seiner Einführung, trotz einer anfänglichen Schwächephase, gegenüber wichtigen Währungen behauptet und teilweise sogar deutlich an Wert gewonnen. Erst die Verschärfung der Weltfinanzkrise hat den Aufwärtstrend der europäischen Währung gegenüber US-Dollar, Yen und weiteren Fremdwährungen im Sommer vergangenen Jahres gestoppt.

Während die Binnenstabilität einer Währung als Garant für Wachstum und Wohlstand gilt, wird

in einer hohen Außenstabilität häufig eine Gefahr für die exportierenden Unternehmen gesehen, deren preisliche Wettbewerbsfähigkeit dadurch geschwächt wird. So hat der Euro von 2002 bis 2008 etwa gegenüber dem Yen um gut 40%, gegenüber dem Britischen Pfund um 29% und gegenüber dem US-Dollar gar um 78% aufgewertet, und die deutschen Ausfuhren in diese Länder haben sich seitdem deutlich unterdurchschnittlich entwickelt. Gleiches gilt jedoch für die Exporte in den Euroraum, sodass sich die Frage stellt, in welchem Maß überhaupt die Euro-Aufwertung und nicht die im Vergleich zu anderen Regionen schwächere konjunkturelle Dynamik in den Industrieländern die Ursache dieser Entwicklung war. Denn der deutsche Export wuchs während der Aufschwungphase der vergangenen Jahre trotz Euro-Aufwertung insgesamt recht kräftig. Erst in den zurückliegenden Monaten erfuhren die deutschen Ausfuhren, v. a. in die USA und nach Japan, aber auch in den Euroraum, im Zuge der dramatischen Verschärfung der Weltfinanzkrise einen regelrechten Einbruch, und das trotz starker Abwertung des Euro seit Juli vergangenen Jahres. Für eine Vielzahl von Ländern, so auch für Deutschland, wurde bereits nachgewiesen, dass die Aus-

<sup>24</sup> Zum 01.05.2009 betragen die Mittel des Reservefonds 107 Mrd. US-Dollar, die des Nationalen Wohlstandsfonds 86 Mrd. US-Dollar.

Kasten:

Fehlerkorrekturmodell zur Bestimmung der Wechselkurselastizität der Exporte

Die Reaktion der realen Warenexporte auf Wechselkursveränderungen wird mit Fehlerkorrekturmodellen ermittelt, welche die folgende Grundstruktur besitzen:

$$\Delta y_t = \alpha_0 + \sum_{i=0}^k \beta_i \Delta z_{t-i} - \lambda (y_{t-1} - \gamma_i z_{t-1}) + \varepsilon_t.$$

Dabei steht  $y_t$  für den Wert der abhängigen Variablen in der Periode  $t$  und  $z_t$  für den Vektor der erklärenden Variablen. Während der erste Teil der Gleichung die Kurzfrisdynamik beschreibt, enthält der zweite Teil die langfristige Gleichgewichtsbeziehung.  $\beta_i$  bzw.  $\gamma_i$  stehen für die Regressionskoeffizienten der Kurz- bzw. Langfristbeziehung,  $\lambda$  für den Fehlerkorrekturterm, und  $\varepsilon_t$  bezeichnet die Residuen. Sämtliche Schätzungen basieren auf Quartalsdaten. Als abhängige Variablen fließen jeweils die realen Warenexporte ein, also die mit dem Ausfuhrpreisindex deflationierten nominalen Exporte. Als erklärende Variablen dienen die Industrieproduktion der Handelspartnerländer sowie nominale bzw. reale Wechselkursindizes.

Augmented-Dickey-Fuller-Tests zeigen für sämtliche Datensätze, die den folgenden Schätzungen zugrunde liegen, dass alle Variablen in den Niveaus nicht-stationär sind. Für die ersten Differenzen wird die Nullhypothese der Nicht-Stationarität dagegen abgelehnt, sodass sämtliche Variablen integriert vom Grad eins sind. Zudem zeigen Engle-Granger-Kointegrationstests, dass zwischen Warenexporten, Wechselkursen und Auslandskonjunktur jeweils langfristige Gleichgewichtsbeziehungen bestehen. Damit sind die Voraussetzungen zur Schätzung von Fehlerkorrekturmodellen gegeben.

führen im Lauf der Jahre weniger anfällig gegenüber Wechselkursschwankungen geworden sind.<sup>25</sup> Aufgrund der Tatsache, dass seit der Gründung der Europäischen Währungsunion (EWU) über 40% der deutschen Exporte in den Euroraum fließen und zudem viele osteuropäische Länder ihre Währungen eng an den Euro gebunden haben, könnte sich dieser Effekt gerade in den vergangenen zehn Jahren verstärkt haben.

Vor diesem Hintergrund untersucht der folgende Beitrag die Reaktion der deutschen Warenexporte auf nominale, aber auch auf reale Wechselkursveränderungen vor und nach der Euro-Einführung. In diesem Zusammenhang wird auch das Preissetzungsverhalten der Exporteure in Bezug auf nominale Wechselkursveränderungen analysiert.

### **Empirische Analyse**

Der Einfluss nominaler und realer, also um in- und ausländische Preisdifferenzen bereinigter Wech-

selkurse auf die deutschen Warenausfuhren<sup>26</sup> soll durch Schätzungen für zwei verschiedene Zeiträume, zum einen von 1980 bis 1998, also für die Zeit *vor*, und zum anderen von 1999 bis 2008, also die Zeit *nach* der Euro-Einführung, ermittelt werden. Die empirische Analyse erfolgt jeweils in drei Schritten: Zunächst fließen die nominalen Wechselkurse als erklärende Variable für die realen Warenexporte ein. Da seit der Euro-Einführung ein Großteil des deutschen Außenhandels jedoch überhaupt keinen Wechselkursveränderungen mehr unterliegt, werden die Schätzungen zum einen für den gesamten Warenexport, zum anderen für den Export in einen Länderkreis außerhalb der EWU durchgeführt.<sup>27</sup> Im zweiten Schritt wird die Reaktion der Ausfuhren auf Veränderungen der realen Wechselkurse (auf Basis der Verbraucherpreise) analysiert. Im dritten und letzten Schritt wird schließlich untersucht, wie sich die Ausfuhrpreise an Veränderungen der nominalen Wechselkurse anpassen.

<sup>25</sup> Vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK: Monatsbericht März 2008, S. 35-49. – SMITH, M.: Impact of the Exchange Rate on Export Volumes, in: Reserve Bank of New Zealand Bulletin, Vol. 67, No. 1, March 2004, pp. 5-13. – STAHN, K.: Has the Impact of Key Determinants of German Exports Changed?, in: O. de Brandt (ed.), Convergence or Divergence in Europe. Growth and Business Cycles in France, Germany and Italy, 2006, pp. 361-384.

<sup>26</sup> Da Dienstleistungsexporte nach Ländern und Regionen nicht für den gesamten Beobachtungszeitraum zur Verfügung stehen, beschränkt sich die Analyse auf die Warenausfuhren.

<sup>27</sup> Rein theoretisch können auch die Ausfuhren Deutschlands in den Euroraum von einer Euro-Auf- oder Abwertung betroffen sein, weil sich dadurch die Wettbewerbsposition gegenüber Anbietern außerhalb der Währungsunion, mit denen Deutschland auf den europäischen Absatzmärkten konkurriert, verändert (vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK: Monatsbericht März 2008, S. 35-49).

Tabelle 1:  
Determinanten der realen Warenexporte Deutschlands

Zeitraum 1980Q1 bis 1998Q4						
Lag	Kurzfristbeziehung				Langfristbeziehung	
	(0)	(-1)	(-2)	(-3)	Koeffizient	Elastizität <sup>a</sup>
$\lambda$					-0,35*** (-3,51)	
IProd <sub>OECD</sub>	0,08 (0,21)	0,73* (1,96)	0,13 (0,34)	0,93*** (2,80)	0,72*** (3,05)	2,06
EffER <sub>nom</sub>	-0,25*** (-2,67)	-0,17 (-1,59)	-0,24** (-2,43)	-0,13 (-1,32)	-0,35*** (-2,89)	-0,98
DummUni	-0,02* (-1,94)					
N = 72, R <sup>2</sup> = 0,37						
Zeitraum 1999Q1 bis 2008Q4						
Lag	Kurzfristbeziehung				Langfristbeziehung	
	(0)	(-1)	(-2)	(-3)	Koeffizient	Elastizität <sup>a</sup>
$\lambda$					-0,44** (-2,54)	
IProd <sub>OECD</sub>	1,65*** (4,17)	1,58*** (3,04)	0,93** (2,10)	0,83* (1,84)	1,49** (2,73)	3,37
EffER <sub>nom</sub>	0,12 (0,88)	0,02 (0,12)	0,02 (0,13)	0,08 (0,52)	-0,35** (-2,13)	-0,78
N = 36, R <sup>2</sup> = 0,61						

Signifikanzniveaus: \*\*\* (1%), \*\* (5%), \* (10%). – <sup>a</sup> Marginale Veränderung der realen Warenexporte bei einer marginalen Veränderung der erklärenden Variablen.

Quellen: OECD; IMF; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des IWH.

Die empirische Analyse erfolgt mittels Fehlerkorrekturmodellen (vgl. Kasten). Die realen Warenausfuhren werden dabei zum einen über die Nachfrage des Auslands erklärt. Da Daten zum Bruttoinlandsprodukt nicht für alle Länder ab 1980 vorliegen, dient die Industrieproduktion als Ersatzindikator für die wirtschaftliche Aktivität im Ausland. Zum anderen fließen als zweite erklärende Größe effektive, also exportgewichtete Wechselkurse ein.

### ***Einfluss nominaler Wechselkurse auf den Gesamtexport***

In der ersten Schätzung wird der gesamte reale Warenexport Deutschlands durch die Industrieproduktion in den OECD-Ländern ( $IProd_{OECD}$ )<sup>28</sup> sowie durch den Index des nominalen effektiven Wechselkurses ( $EffER_{nom}$ )<sup>29</sup> erklärt. Die durch die Wiedervereinigung bedingten Exportrückgänge werden über eine Dummy-Variable (*DummyUni*) erfasst, die vom dritten Quartal 1990 bis zum zweiten Quartal 1993 den Wert eins, ansonsten den Wert null annimmt. Die Schätzergebnisse sowohl für den kurz- als auch für den langfristigen Einfluss der erklärenden Variablen auf die realen Warenexporte Deutschlands für die Perioden 1980 bis 1998 sowie 1999 bis 2008 sind in Tabelle 1 zusammengefasst.

Den Schätzergebnissen zufolge hatten sowohl Veränderungen der wirtschaftlichen Aktivität im Ausland als auch Veränderungen des nominalen Wechselkurses in den 1980er und 1990er Jahren kurzfristig Einfluss auf die realen Warenausfuhren. Dies zeigt sich gleichermaßen in der Langfristbeziehung; auch hier sind sowohl Veränderungen der Weltproduktion als auch der Wechselkurse signifikant mit dem erwarteten Vorzeichen. Wie den aus den Koeffizienten der Langfristbeziehung und aus dem Fehlerkorrekturterm errechneten Elastizitäten zu entnehmen ist, hatte eine marginale Veränderung der Weltproduktion jedoch einen deutlich stärkeren Einfluss auf die deutschen Ausfuhren als marginale Veränderungen des nominalen effektiven D-Mark-Wechselkurses. Für den Zeitraum von 1999 bis 2008 stellt sich dies noch sehr viel extremer dar, hat doch die Reaktion der deutschen Ausfuhren auf Veränderungen der Weltproduktion sowohl in der kurzen als auch in der langen Frist weiter zugenommen.<sup>30</sup> Dagegen hatte der effektive Wechselkurs in den Jahren nach der Euro-Einführung nur noch langfristig Einfluss auf die realen Ausfuhren. Allerdings waren Signifikanz und Elastizität geringer als in den knapp 20 Jahren zuvor, sodass die Schätzergebnisse die Hypothese eines schwindenden Einflusses von Wechselkursveränderungen auf die Exporte bestätigen.<sup>31</sup>

<sup>28</sup> Vgl. OECD: Main Economic Indicators, von 1999 bis 2008 einschließlich Polen, Tschechien, Ungarn und der Slowakei.

<sup>29</sup> Vgl. IMF: International Financial Statistics.

<sup>30</sup> Vgl. z. B. auch STAHN, K., a. a. O.

<sup>31</sup> Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass für den Zeitraum von 1999 bis 2008 deutlich weniger Beobachtungen zur Verfügung stehen.

Tabelle 2:

## Determinanten der realen Warenexporte Deutschlands in Nicht-EWU-Länder

Zeitraum 1980Q1 bis 1998Q4						
Lag	Kurzfristbeziehung				Langfristbeziehung	
	(0)	(-1)	(-2)	(-3)	Koeffizient	Elastizität <sup>a</sup>
$\lambda$					-0,20*** (-3,73)	
IProdTP9	1,68*** (4,72)	0,80** (2,33)	-0,43 (-1,22)	0,38 (1,17)	0,51*** (3,43)	2,54
EffERTP9	-0,19* (-1,88)	0,03 (0,22)	0,16 (1,38)	0,06 (0,51)	-0,22*** (-3,42)	-1,11
DummUni	-0,02* (-1,79)					
N = 72, R <sup>2</sup> = 0,54						
Zeitraum 1999Q1-2008Q4						
Lag	Kurzfristbeziehung				Langfristbeziehung	
	(0)	(-1)	(-2)	(-3)	Koeffizient	Elastizität <sup>a</sup>
$\lambda$					-0,71*** (-3,80)	
IProdTP9	1,53*** (4,56)	1,32** (2,50)	0,70 (1,48)	1,18** (2,55)	1,39*** (3,53)	1,96
EffERTP9	0,01 (0,11)	0,05 (0,58)	-0,02 (-0,20)	-0,04 (-0,40)	-0,63** (-2,56)	-0,89
N = 36, R <sup>2</sup> = 0,71						

Signifikanzniveaus: \*\*\* (1%), \*\* (5%), \* (10%). – <sup>a</sup> Marginale Veränderung der realen Warenexporte bei einer marginalen Veränderung der erklärenden Variablen.

Quellen: OECD; IMF; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des IWH.

### ***Einfluss nominaler Wechselkurse auf die Exporte in den Nicht-Euroraum***

Es stellt sich jedoch die Frage, ob das obige Ergebnis allein auf die Verwirklichung der Währungsunion und den Wegfall der Wechselkurse gegenüber wichtigen Handelspartnerländern zurückgeführt werden kann. Aus diesem Grund soll zusätzlich getestet werden, wie sich der Einfluss nominaler Wechselkurse auf die realen Exporte in Länder außerhalb der Währungsunion entwickelt hat. Dazu werden die Warenausfuhren in eine Ländergruppe bestehend aus Norwegen, Schweden, Dänemark, dem Vereinigten Königreich, Kanada, Japan, den USA und der Schweiz betrachtet, in die im Jahr 2008 knapp 50% der deutschen Exporte in den Nicht-Euroraum flossen.<sup>32</sup> Als erklärende Variablen dienen, wiederum als Nachfrage-Indikator, die Industrieproduktion dieser Länder ( $IProd_{TP9}$ )<sup>33</sup> sowie der nominale effektive Wechselkurs der D-Mark bzw. des Euro gegenüber den Währungen dieser Staaten ( $EffER_{TP9}$ ).<sup>34</sup> Die Schätzergebnisse sind Tabelle 2 zu entnehmen.

Wie die Ergebnisse zeigen, werden auch die Ausfuhren in die Nicht-EWU-Länder kurz- wie langfristig vor allem durch die wirtschaftliche Aktivität in den Zielländern determiniert. Ähnlich wie in der ersten Schätzung erhöhten sich die realen Exporte gemäß der Elastizitäten bei einem Anstieg der Industrieproduktion in den Zielregionen in beiden Beobachtungszeiträumen überproportional (im Zeitraum von 1980 bis 1998 um das Zweieinhalbfache, im Zeitraum von 1999 bis 2008 um das Zweifache). Doch interessanterweise hat auch die Wechselkurselastizität der Exporte in den Nicht-Euroraum im Zeitverlauf abgenommen, und die nominalen Wechselkurse haben in dieser Schätzung ebenso an Signifikanz verloren. Folglich kann nicht allein die Euro-Einführung für den im Zeitverlauf gesunkenen Einfluss der nominalen Wechselkurse auf die deutschen Ausfuhren verantwortlich sein. Eine weitere mögliche Ursache könnte darin liegen, dass die deutschen Produzenten die Preise der Exportgüter aufgrund des gestiegenen Wettbewerbsdrucks in den langanhaltenden Aufwertungsphasen immer stärker nach unten angepasst und dadurch nominale Aufwertungen stärker kompensiert haben. Denn langfristig sind für die Entwicklung der Exporte nicht die nominalen, sondern die realen Wechselkurse entscheidend, deren Einfluss im Folgenden ermittelt werden soll.

<sup>32</sup> Die mittlerweile für den deutschen Export recht bedeutenden mittel- und osteuropäischen Länder können aufgrund der schlechten Datenlage für die 1980er Jahre keine Berücksichtigung finden.

<sup>33</sup> BIP-gewichtet, vgl. OECD: Main Economic Indicators.

<sup>34</sup> Vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK: Devisenkursstatistik, diverse Ausgaben; IMF: Direction of Trade Statistics Yearbooks; Berechnungen des IWH.

Tabelle 3:

Einfluss des realen effektiven Wechselkurses<sup>a</sup> auf die deutschen Warenexporte

Zeitraum 1980Q1 bis 1998Q4						
Lag	Kurzfristbeziehung				Langfristbeziehung	
	(0)	(-1)	(-2)	(-3)	Koeffizient	Elastizität <sup>b</sup>
$\lambda$					-0,68*** (-4,90)	
IProd <sub>OECD</sub>	1,73*** (3,13)	1,11* (1,78)	0,43 (0,75)	-0,50 (-1,05)	0,99*** (5,14)	1,45
EffER <sub>real</sub>	-0,19 (-0,77)	0,29 (1,08)	0,11 (0,46)	0,09 (0,42)	-0,71*** (-3,89)	-1,04
DummUni	-0,03** (-2,63)					
N = 72, R <sup>2</sup> = 0,53						
Zeitraum 1999Q1 bis 2008Q4						
Lag	Kurzfristbeziehung				Langfristbeziehung	
	(0)	(-1)	(-2)	(-3)	Koeffizient	Elastizität <sup>b</sup>
$\lambda$					-0,26*** (-3,32)	
IProd <sub>OECD</sub>	1,15*** (3,63)	-0,28 (-0,62)	1,04** (2,33)	1,04** (2,68)	0,87*** (3,43)	3,31
EffER <sub>real</sub>	-0,32 (-1,20)	0,21 (0,82)	-0,55** (-2,11)	0,23 (0,84)	-0,24** (-2,25)	-0,92
N = 36, R <sup>2</sup> = 0,63						

Signifikanzniveaus: \*\*\* (1%), \*\* (5%), \* (10%). – <sup>a</sup> Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gegenüber 23 Industrieländern. – <sup>b</sup> Marginale Veränderung der realen Warenexporte bei einer marginalen Veränderung der erklärenden Variablen.

Quellen: OECD; IMF; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des IWH.

### Reale Wechselkurse und Exporte

In der folgenden Schätzung wird anstelle der nominalen effektiven Wechselkurse einer der von der Deutschen Bundesbank berechneten Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft in die Schätzgleichung aufgenommen. Diese basieren auf Unterschieden in den Verbraucherpreisen zwischen In- und Ausland und können im Grunde als reale effektive Wechselkurse angesehen werden. Die Schätzungen werden wiederum für die Zeiträume von 1980 bis 1998 sowie von 1999 bis 2008 durchgeführt. Da reale Wechselkursveränderungen auch gegenüber Mitgliedstaaten der EWU auftreten können, wird die Schätzung in beiden Perioden nur für den gesamten Warenexport als abhängige Variable durchgeführt. Als erklärende Variable dient, neben der Industrieproduktion der OECD, der Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gegenüber 23 Industrieländern ( $EffER_{real}$ ), da nur dieser seit 1980 zur Verfügung steht.<sup>35</sup> Die Schätzergebnisse sind in Tabelle 3 dargestellt.

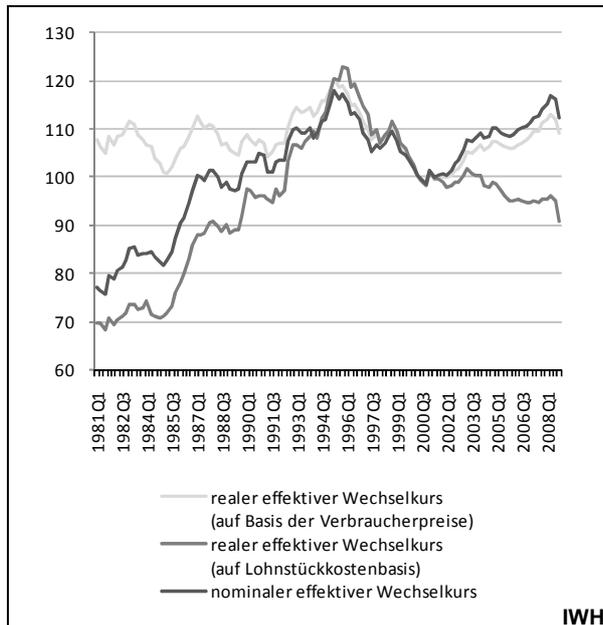
Mit Bezug auf die erklärende Variable ‚Industrieproduktion‘ zeigen die Schätzungen für die vergangenen zehn Jahre eine stärkere Reaktion der

Ausfuhren auf Veränderungen der wirtschaftlichen Aktivität im Ausland als für die 1980er und 1990er Jahre. Dagegen ist der Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit seit der Euro-Einführung weniger signifikant als zuvor, und auch die Elastizität hat sich im Zeitverlauf leicht verringert. Allerdings ist die preisliche Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu den nominalen effektiven Wechselkursen immer noch von recht großer Bedeutung für den Export. Gleichwohl ist der schwindende Einfluss insoweit überraschend, als etwa der im Zuge der Globalisierung gestiegene internationale Wettbewerb die Vermutung nahelegt, dass sich die Preiselastizität der Nachfrage eigentlich erhöht und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Länder an Bedeutung gewonnen haben müsste. Dem kann jedoch die zunehmende (vertikale) Spezialisierung insbesondere bei Industriegütern entgegengehalten werden, in deren Konsequenz Qualitätsmerkmale mehr und mehr an Bedeutung gewonnen haben.

Da den Schätzergebnissen zufolge der Einfluss der realen Wechselkurse auf die Warenausfuhren und damit die Preiselastizität der Nachfrage im Zeitverlauf nur leicht abgenommen hat, ist für den deutlich verringerten Einfluss der nominalen Wechselkurse eine genauere Ursachenanalyse erforderlich. Neben der leicht verringerten Preiselastizität der Nachfrage könnte die bereits erwähnte zunehmende Anpassung der Güterpreise an die vorherrschenden Währungsaufwertungen seitens der Produzenten eine weitere Ursache für den schwindenden Einfluss nominaler Wechselkurse auf die Exporte sein.

<sup>35</sup> Dieser enge Länderkreis dürfte die Schätzergebnisse aber kaum verzerren, da sämtliche von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit, unabhängig von der Größe des Länderkreises, sehr eng miteinander korreliert sind (vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK: Monatsbericht Mai 2007, S. 30-43).

Abbildung:  
Entwicklung nominaler und realer effektiver Wechselkurse (Index 2000 = 100)



Quellen: IMF: International Financial Statistics; Deutsche Bundesbank; Darstellung des IWH.

Denn je stärker die Preise an nominale Wechselkursveränderungen angepasst werden, umso weniger ändern sich die realen Wechselkurse und demzufolge auch die Exporte. Aus diesem Grund soll im Folgenden die Entwicklung nominaler und realer Wechselkurse genauer betrachtet werden.

### ***Nominale und reale Wechselkurse, Ausfuhrpreise und Exporte***

In der Abbildung ist die Entwicklung des nominalen und realen effektiven Wechselkurses, sowohl auf Basis der Verbraucherpreise<sup>36</sup> als auch auf Lohnstückkosten-Basis, abgetragen. Wie der Abbildung zu entnehmen ist, hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, sofern man Differenzen in den Verbraucherpreisen zugrunde legt, in den vergangenen acht Jahren verschlechtert.

Die nominalen Euro-Aufwertungen wurden also nicht durch in- und ausländische Inflationsunterschiede ausgeglichen, sondern haben sich auch in einer realen effektiven Aufwertung niedergeschlagen. Allerdings wird häufig argumentiert, dass reale effektive Wechselkurse auf Basis der Verbraucher-

preise keine geeigneten Indikatoren für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Länder sind. Probleme ergeben sich insbesondere dann, wenn das Exportgütersortiment deutlich von der Zusammensetzung des in den Verbraucherpreisindex einfließenden Warenkorbes abweicht. Eine Alternative besteht darin, die internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit auf Kostenbasis zu ermitteln. Zieht man als Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands den realen effektiven Wechselkurs auf Lohnstückkosten-Basis heran, wird deutlich, dass sich dieser über lange Zeit relativ parallel zum nominalen effektiven Wechselkurs entwickelt hat. Doch seit dem Jahr 2000 besteht dieser Gleichlauf nicht mehr, und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hat sich seitdem, trotz Euro-Aufwertung, auf Lohnstückkosten-Basis verbessert. Somit war die Entwicklung der Lohnstückkosten in Deutschland in den vergangenen Jahren so günstig, dass nicht nur der Lohnstückkosten-Anstieg im Ausland, sondern zusätzlich die Aufwertung des Euro überkompensiert wurde. Dies kann als eine Ursache dafür angesehen werden, dass die kräftige Euro-Aufwertung der vergangenen Jahre nicht so stark auf die Exportentwicklung durchgeschlagen hat.

Faktisch ist für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit eines Landes jedoch entscheidend, wie sich die Angebotspreise heimischer Güter auf den Auslandsmärkten an nominale Wechselkursveränderungen anpassen. Ausschlaggebend ist hierbei nicht zuletzt die unternehmerische Zielfunktion, die neben der Maximierung des Gewinns in der Regel auch die Sicherung von Marktanteilen bzw. die Umsatzmaximierung als Zielgröße enthält. Somit ist denkbar, dass die Exporteure bei nominalen Wechselkursveränderungen zunächst von der eher auf längere Sicht anzustrebenden Gewinnmaximierung abweichen, kurz- bis mittelfristig versuchen, Marktanteile zu verteidigen und dafür eine Variation der Gewinnmargen in Kauf nehmen. Bei nominalen Aufwertungen würde das Preissenkungen erfordern. Denn sofern diese ausbleiben, ändern sich die internationalen Güterpreisrelationen. Doch dann würde sich eine internationale Preisdifferenzierung einstellen. Langfristig sind derartige Abweichungen vom Gesetz des einheitlichen Preises jedoch nur bei niedriger Preiselastizität der Nachfrage möglich. Bei vollkommenem Wettbewerb und hoher Homogenität der international gehandelten Güter müssten sich die Preise mittelfristig aufgrund einsetzender Güterarbitrage zwangsläufig wieder angleichen. Insbesondere im Fall einer Aufwertung

<sup>36</sup> Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gegenüber 23 Industrieländern (auf Basis der Verbraucherpreise).

der heimischen Währung sollte dies die Produzenten zur Anpassung der Preise an diejenigen der Wettbewerber auf den Auslandsmärkten (*pricing to market*) veranlassen.<sup>37</sup>

Im Folgenden soll der Einfluss von Wechselkurschwankungen auf die deutschen Ausfuhrpreise bestimmt werden. Auch dies erfolgt auf der Basis eines Fehlerkorrekturmodells, in das, neben dem nominalen effektiven Wechselkurs ( $EffWER_{nom}$ ), der Produzentenpreisindex ( $PProd$ ) als erklärende Variable einfließt, um die Entwicklung der Produktionskosten der Unternehmen abzubilden. Darüber hinaus dient erneut die Industrieproduktion der OECD ( $IProd_{OECD}$ ) als erklärende Variable. Hierbei wird unterstellt, dass die Unternehmen die Preise an die Nachfrageentwicklung auf den Absatzmärkten anpassen. Sowohl für den Produzentenpreisindex als auch für die Industrieproduktion der Handelspartner wird somit ein positiver Einfluss auf die Ausfuhrpreise unterstellt. Dagegen sollte zwischen dem nominalen effektiven Wechselkurs und den Ausfuhrpreisen ein negativer Zusammenhang bestehen.

Während für den Zeitraum von 1980 bis 1998 der Preisindex für den Gesamtexport als abhängige Variable dient, wurde für die Periode nach 1998 der Ausfuhrpreisindex in den Nicht-Euroraum als abhängige Variable gewählt, weil die Preise der in den Euroraum gelieferten Güter von Wechselkurschwankungen kaum betroffen sind.<sup>38</sup> Da die Exportpreise häufig erst mit erheblicher zeitlicher Verzögerung auf Veränderungen der erklärenden Variablen, insbesondere der Wechselkurse, reagieren, sind in Tabelle 4 lediglich die Ergebnisse der Langfristbeziehung aufgeführt.

<sup>37</sup> Dem können jedoch Menukosten und Unsicherheiten über die zukünftige Wechselkursentwicklung entgegenstehen. Solange sich der Devisenmarkt aus Sicht der Produzenten nicht im Gleichgewicht befindet und Korrekturbewegungen erwartet werden, verhalten sich die Anbieter unter Umständen eher abwartend (vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK: Monatsbericht Januar 1997, S. 43-62).

<sup>38</sup> Dadurch werden im Zeitraum von 1999 bis 2008 die Ausfuhrpreise in den Nicht-Euroraum auch durch den Index der Industrieproduktion derjenigen EWU-Länder, die Mitglieder der OECD sind, erklärt. Dies dürfte jedoch kaum mit Inkonsistenzen verbunden sein, da durch den internationalen Konjunkturverbund die Industrieproduktion der EWU mit der Industrieproduktion der gesamten OECD recht hoch korreliert ist (Korrelationskoeffizient: 0,98).

Tabelle 4:  
Determinanten der Ausfuhrpreise

Zeitraum 1980Q1 bis 1998Q4			
Variable	Langfristbeziehung		Elastizität <sup>a</sup>
	Koeffizient	T-Statistik	
$\lambda$	-0,14***	-2,78	
$IProd_{OECD}$	-0,00	-0,12	-0,012
$PProd$	0,12**	2,45	0,877
$EffWK_{nom}$	-0,021**	-2,01	-0,150
N = 72, R <sup>2</sup> = 0,87			
Zeitraum 1999Q1 bis 2008Q4			
Variable	Langfristbeziehung		Elastizität <sup>a</sup>
	Koeffizient	T-Statistik	
$\lambda$	-0,30***	-3,18	
$IProd_{OECD}$	0,10***	4,49	0,338
$PProd$	0,12*	1,71	0,407
$EffWK_{nom}$	-0,06***	-3,75	-0,190
N = 36, R <sup>2</sup> = 0,88			

Signifikanzniveaus: \*\*\* (1%), \*\* (5%), \* (10%). – <sup>a</sup> Marginale Veränderung der Ausfuhrpreise bei einer marginalen Veränderung der erklärenden Variablen.

Quellen: OECD; IMF; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des IWH.

Den Schätzergebnissen zufolge hatte die wirtschaftliche Aktivität in den Handelspartnerländern erst in der jüngeren Vergangenheit signifikanten Einfluss auf die Ausfuhrpreise. Offensichtlich passen die Produzenten die Angebotspreise auf den Auslandsmärkten deutlich stärker an Nachfrageschwankungen an, als dies früher der Fall war. Demgegenüber hat der Erzeugerpreisindex an Signifikanz verloren, und die Produzenten konnten die im gesamten Beobachtungszeitraum kontinuierlich gestiegenen Erzeugerpreise offensichtlich immer weniger in die Ausfuhrpreise überwälzen.

Mit Bezug auf Veränderungen der nominalen effektiven Wechselkurse zeigt sich, dass deren uberwalzung in die Ausfuhrpreise im gesamten Beobachtungszeitraum äußerst gering war, im Zeitverlauf aber dennoch leicht zugenommen hat. Dies kann ein Indiz dafür sein, dass die Produzenten die Ausfuhrpreise in den langen Aufwertungsphasen zunehmend nach unten angepasst haben. Während Wechselkursveränderungen im Zeitraum von 1980 bis 1998 nur zu 15% in die Ausfuhrpreise weitergegeben wurden, lag dieser *pass through* nach der Euro-Einführung bei knapp einem Fünftel. Trotz des leichten Anstiegs zeigen die Ergebnisse im Hinblick auf Euro-Aufwertungen, dass diese in der Vergangenheit nur in geringem Umfang durch Preissenkungen kompensiert wurden, die Exportgüter sich also infolge nominaler Aufwertungen verteuert haben.

### **Exportboom trotz Euro-Aufwertung**

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die deutschen Exportgüterproduzenten die Euro-Aufwertungen der vergangenen Jahre nur zu knapp einem Fünftel durch Preissenkungen kompensiert haben, drängt sich die Frage auf, weshalb die Wechselkurselastizität der deutschen Exporte im Zeitverlauf abgenommen hat und die recht kräftige Euro-Aufwertung der vergangenen Jahre den deutschen Exporten nur wenig anhaben konnte.

Zunächst wurde den Schätzergebnissen zufolge der Gesamtexport zunehmend durch die Weltkonjunktur bestimmt. Demgemäß hat die voranschreitende Globalisierung dazu geführt, dass der weltweite Aufschwung der vergangenen Jahre die deutschen Ausfuhren, trotz kräftiger Euro-Aufwertung, beflügelt hat. Hinzu kommt, dass gerade Deutschland aufgrund seiner geographischen Lage sicherlich stärker vom Aufschwung profitiert hat als andere Industrieländer, da insbesondere die Exporte in die nahegelegenen mittel- und osteuropäischen Länder aufgrund besonders hoher Nachfragesteigerungen stark expandierten.

Darüber hinaus dürfte auch die zunehmende Importdurchdringung der Exportgüterproduktion die Anfälligkeit der deutschen Industrie gegenüber Wechselkursschwankungen geschmälert haben.<sup>39</sup> So verbilligt eine Aufwertung der heimischen Währung die Vorleistungsimporte aus Fremdwährungsräumen und bietet damit, für sich genommen, Preissenkungsspielräume bei den Endprodukten. Je höher die Importquote der inländischen Exportgüterproduktion ist, umso weniger schwächen Aufwertungen der heimischen Währung die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Produzenten.<sup>40</sup> Hierbei wirkt begünstigend, dass sich der Euro bei den Einfuhren bei Weitem nicht so stark als Fakturierungswährung durchgesetzt hat wie bei den Exporten. So verbilligen Aufwertungen Rohstoffimporte, die nach wie vor in Fremdwährung fakturiert sind.

Mit Bezug auf das Preissetzungsverhalten der Produzenten ist darauf hinzuweisen, dass ausbleibende Preisanpassungen zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung dafür sind, dass die realen Exporte auf nominale Wechselkursverände-

rungen reagieren. Das ist nur dann der Fall, wenn die Preis- bzw. Wechselkurselastizität der Nachfrage entsprechend hoch ist. Auch wenn die Variable in Frage gestellt werden kann, deuten die Schätzungen mit dem Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft darauf hin, dass sich die Preiselastizität der Nachfrage verringert hat. Dafür könnte etwa die spezifische Produktpalette der deutschen Exportwirtschaft sprechen. So haben deutsche Produzenten vom weltweiten Aufschwung der vergangenen Jahre auch deshalb besonders profitiert, weil dieser in starkem Maß durch Investitionen getrieben war und die für den deutschen Export wichtigen Investitionsgüter trotz Euro-Aufwertung weltweit gefragt waren. Darüber hinaus hat, speziell bei Industriegütern, die vertikale Produktdifferenzierung im Lauf der Jahre deutlich zugenommen, wodurch sich die Substitutionsmöglichkeiten verringerten. So könnte Deutschland diesbezüglich von der Spezialisierung auf Markenwaren und qualitativ hochwertige Güter profitiert haben, bei denen die Kundenbindung recht hoch und die Preiselastizität der Nachfrage entsprechend gering ist.<sup>41</sup>

### **Fazit**

In den vergangenen Jahren wurden Befürchtungen laut, dass der Höhenflug des Euro der exportorientierten deutschen Wirtschaft erheblichen Schaden zufüge. Wie die vorausgegangenen Analysen zeigen, ist ein signifikanter Einfluss nominaler Wechselkurse auf die Ausfuhren nicht von der Hand zu weisen. Dieser ist jedoch nur langfristig vorhanden und hat sich zudem im Zeitverlauf deutlich verringert. Stattdessen werden die Exporte mehr und mehr durch die konjunkturelle Entwicklung in den Handelspartnerländern bestimmt. Interessanterweise betrifft dies aber nicht nur den Gesamtexport, der infolge der Euro-Einführung von Wechselkursveränderungen weniger betroffen ist, sondern auch die Lieferungen in Fremdwährungsländer.

Wesentliche Ursachen für den gesunkenen Einfluss der nominalen Wechselkurse auf die deutschen Ausfuhren liegen sicherlich in einer verringerten Preiselastizität der Nachfrage in Verbindung mit einer zunehmenden Spezialisierung sowie in der gestiegenen Importdurchdringung der Exportgüterproduktion. Hinzu kommen die günstige Entwicklung der Lohnstückkosten in den vergangenen

<sup>39</sup> Während der Importgehalt der Exporte (einschließlich Re-Exporte) im Jahr 1995 noch bei 31,1% lag, ist dieser bis zum Jahr 2006 auf über 44% angestiegen (vgl. LOSCHKY, A.; RITTER, L.: Konjunkturmotor Export, in: *Wirtschaft und Statistik* 5/2007, S. 478-488).

<sup>40</sup> Dieser Effekt findet in den Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit überhaupt keine Berücksichtigung.

<sup>41</sup> Vgl. PORTER, M. E.: What is Strategy?, in: *Harvard Business Review*, Vol. 72, Nov-Dec 1996, pp. 61-78.

Jahren und die vergleichsweise starke Fokussierung der Ausfuhren auf Wachstumsregionen. Infolge dieser Faktoren sind die deutschen Exporte resistenter gegenüber Wechselkursveränderungen geworden, und die Gefahren eines starken Euro für die Exportgüterproduzenten haben sich deutlich abgeschwächt. Das heißt jedoch nicht, dass die no-

minalen oder gar die realen Wechselkurse unbedeutend für die deutsche Exportentwicklung sind. Insbesondere der preislichen Wettbewerbsfähigkeit kommt nach wie vor eine hohe Bedeutung zu.

Götz Zeddies  
(Goetz.Zeddies@iwh-halle.de)

## Wie werden Städte zu Zentren der Kreativität und Innovation? Ein Bericht über das „2<sup>nd</sup> Halle Forum on Urban Economic Growth“ am IWH

Gerade in Städten in Posttransformationsökonomien, aber auch in anderen Regionen, die durch einen erheblichen Strukturwandel gekennzeichnet sind, wird in einer verstärkten Hinwendung zu einer innovationsorientierten und wissensbasierten lokalen Ökonomie die große Chance für einen wirtschaftlichen Neuanfang gesehen. Fraglich ist allerdings, (1.) ob es jeder Stadt gelingen kann, eine entsprechende Entwicklung zu durchlaufen, oder ob hierfür eine bestimmte gegebene Faktorausstattung unerlässlich ist, und (2.) mit welchen Strategien es möglich ist, die lokalen Kräfte im Bereich von Kreativität und Innovation hinreichend zu stärken. Vor diesem Hintergrund führte das IWH am 27. und 28. November 2008 eine Tagung durch, die sich mit den Möglichkeiten beschäftigte, wie Städte zu Zentren der Kreativität und Innovation werden können.<sup>42</sup> Neben Vorträgen und jeweils an sie anschließenden Diskussionen fand eine Podiumsdiskussion statt, an der neben Vertretern der Wissenschaft auch Politiker und leitende Ministeriale teilnahmen. Die Leitung der Podiumsdiskussion übernahm Prof. Dr. Heinz Sahner von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Die Vorträge und Diskussionsbeiträge beschäftigten sich mit der allgemeinen Bedeutung lokaler Kontextbedingungen für Kreativität, Wissensvermittlung und Wissenstransfer, mit Ansätzen, die entsprechenden Kontextbedingungen gezielt zu gestalten, sowie mit wesentlichen Strategien und Instrumenten, die den Städten bei ihren Bemühungen, „Wissensstädte“ zu werden, zur Verfügung stehen. Die wichtigsten Inhalte der Vorträge und Diskus-

sionsbeiträge werden im Folgenden zusammenfassend dargestellt.

### ***Wissen ist nicht ubiquitär verfügbar, sondern in lokale Netzwerke eingebunden!***

In seinem einleitenden Vortrag ging Prof. Dr. Eberhard von Einem (Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin) der Frage nach, welche Relevanz Wissen heute allgemein und vor allem im lokalen Kontext hat. Ausgangspunkt des Vortrags war der empirische Befund, wonach die Umstellung des Wertpapierhandels auf elektronische Medien nicht dazu geführt hat, die Vorteile der räumlichen Nähe in Bezug auf den Informationsaustausch zwischen Börsianern, Bankern und Managern in den Zentren des Wertpapierhandels (z. B. in London) zu entwerten. Nicht kodifiziertes Wissen wird in erster Linie unverändert über den personengebundenen, auf Vertrauen basierenden, persönlichen Austausch vermittelt. Hier ist die räumliche Nähe zwischen den Akteuren von großer Bedeutung.

Von Einem untersuchte vor allem die Fähigkeit großer Stadtregionen, neues Wissen an sich zu ziehen. Gemäß der so genannten Infektionstheorie des Wissens ist die „Wahrscheinlichkeit einer Ansteckung“ von neuen Ideen lokal dort am höchsten, wo sich spezifisches Humankapital ohnehin schon stark konzentriert hat (historische Pfadabhängigkeit). In den Metropolen ist mithin die Kontaktwahrscheinlichkeit am höchsten. Vertrauensbildung setzt persönliche Kontakte voraus – hieran haben die modernen Medien des Informationsaustauschs nichts geändert. Auch Wissens-Spillovers auf dem Weg des Wechsels von Mitarbeitern sind auf die Zentren konzentriert, da die Mitarbeiter aufgrund einer Tendenz zur Immobilität zumeist einen neuen Arbeitsplatz in räumlicher Nähe zum alten bevorzugen. So entwickeln Stadtregionen im Zeitverlauf ihre eigenen Spezialisierungen für bestimmte For-

<sup>42</sup> Die Tagung war die zweite Folge des „Halle Forum on Urban Economic Growth“, das im November 2006 erstmalig am IWH stattfand. Das Ziel der Veranstaltungsreihe besteht darin, ein Diskussionsforum für Forscher zu bieten, die sich mit Strategien und Entwicklungen von Städten in altindustriellen Regionen und Posttransformationsökonomien beschäftigen.

men des Wissens. Dadurch verstärken sich im dialektischen Sinne Arbeitsmarktbedingungen und Standortwahl der Unternehmen gegenseitig mit der Folge, dass sich historisch eingespielte Entwicklungspfade stabilisieren.

Zusammenfassend betrachtet wird von *Einem* zufolge die Lernfähigkeit der Stadtregionen zum zentralen Faktor der Stadtentwicklung. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung stellt von *Einem* die Frage, ob damit die Bildungs- und Forschungspolitik zukünftig wichtiger als die traditionelle Stadtentwicklungspolitik für die Zukunft der Städte sein wird. In der Diskussion sowie auch im Rahmen der weiteren Vorträge wurde indes deutlich, dass auch die traditionelle Politik unverändert von Bedeutung für die Stadtentwicklung ist – allerdings könnte es erforderlich sein, den Fokus der traditionellen Instrumente stärker auf die Unterstützung der Städte in ihrer Funktion als Wissens-Magneten zu legen.

#### ***Unter welchen Bedingungen können Wissenschaftseinrichtungen als zentrale Potenzialfaktoren für eine Stärkung lokaler Kreativität und Innovation dienen?***

Die meisten größeren Städte sind als Oberzentren u. a. auch Sitz von Hochschulen und hochschulexternen Forschungseinrichtungen. Es liegt auf der Hand, dass derartige Einrichtungen – wenngleich sie zumindest in Deutschland nicht direkt von den Städten, sondern von den Ländern getragen werden – als Kristallisations- und Ausgangspunkte für städtische Maßnahmen dienen können, die der oben genannten Zielsetzung Folge leisten wollen. Vor diesem Hintergrund beschäftigten sich mehrere Vorträge des „Halle Forums“ zunächst im Detail mit den Effekten, die von Hochschulen und Forschungsinstituten auf die Wirtschaftsentwicklung von Städten und deren Umland ausgehen. Von welchen Faktoren hängen diese Effekte ab? Können diese Faktoren gegebenenfalls auch als Ansatzpunkte für lokale Strategien der Wirtschaftsförderung dienen?

*Prof. Dr. Michael Fritsch* von der Friedrich-Schiller-Universität Jena gab im Rahmen seines Vortrags zur „Bedeutung von Wissenschaftseinrichtungen für die Regionalentwicklung“ einen Überblick über die Befunde umfangreicher eigener empirischer Forschungen zu dieser Thematik und wies zugleich auf noch offene Forschungsfragen hin. Grundsätzlich ist anzumerken, dass Wissenschaftseinrichtungen auf vier Wegen für die lokale und regionale Wirtschaftsentwicklung Effekte aus-

üben, indem sie (a) öffentliche Investitionen (mit multiplikativen Effekten) beinhalten, (b) als Wissensreservoir und Wissensvermittler fungieren, (c) regionsexternes Wissen aufspüren und einfangen (Antennenfunktion) sowie (d) als Magnet für kreative Menschen und private Investitionen wirken. Während in vielen älteren Studien zur regionalen Wirkung von Hochschulen die (Nachfrage-)Effekte (a) im Mittelpunkt standen, sieht man heute in den mit den Wirkungsebenen (b) bis (d) verbundenen Angebotseffekten den zentralen und eigentlich interessanten Untersuchungsgegenstand. Die Analysen von *Fritsch* auf der Grundlage einer Wissensproduktionsfunktion lassen darauf schließen, dass Wissens-Spillovers von Hochschulen auf die regionale Wirtschaft bis zu einem Radius von ca. 50 km feststellbar sind. Die Intensität von Wissens-Spillovers ist in jenen Städten und Regionen besonders deutlich ausgeprägt, die einen hohen Industrieanteil, eine hohe Branchen-Diversität, eine hohe Bevölkerungsdichte und einen hohen Anteil an FuE-(Forschung und Entwicklung)-Beschäftigten aufweisen.

Für die Effizienz regionaler Innovationssysteme in Deutschland – gemessen an der Zahl der aus ihnen hervorgehenden Patentanmeldungen – stellt nach *Fritsch* das Vorhandensein von Hochschulen in einer Stadtregion per se keinen Vorteil dar. Effizienzsteigernd wirkt jedoch, wenn die lokalen Hochschulen viele Drittmittel einwerben, wenn sie in die regionale Wirtschaft eingebunden sind und wenn Fraunhofer- und Max-Planck-Forschungsinstitute als Akteure das regionale Innovationssystem ergänzen.

Hochschulen werden in regionalen Innovationsnetzwerken dort wirksam, wo sie als zentraler Knoten eine Kontaktvermittlungs- und Koordinierungsfunktion wahrnehmen. Dies ist z. B. in den Stadtregionen Jena und Dresden der Fall. *Fritsch* kommt zu dem Schluss, dass die absorptive Kapazität der Region entscheidend dafür ist, ob sich Wissenschaftseinrichtungen und lokale Wirtschaft vernetzen. Diese Kapazität kann gesteigert werden, wenn sich die Hochschulforschung stärker auf das Branchenprofil der Region ausrichtet, wenn die Ansiedlung komplementärer Unternehmen gelingt und wenn vermehrt Spin-off-Gründungen aus den Hochschulen erfolgen.

Als dringend klärungsbedürftig sieht *Fritsch* die Forschungsfragen an, welche institutionellen Rahmenbedingungen für das Auftreten von Wissens-Spillovers besonders günstig sind und ob sich bestimmte Katalysatoren für das Entstehen kooperativer Netzwerke zwischen Hochschulen und privaten Firmen ausmachen lassen. In der Diskussion wurde

hieran anknüpfend betont, dass angesichts der FuE-Schwäche ostdeutscher Unternehmen derartige Netzwerke dort von besonderer Bedeutung sind.

### **„Branchenkongruenz“ als Indikator zur Messung der Ausrichtung von Wissenschaftseinrichtungen auf die lokalen Wirtschaftsstrukturen**

Der Frage der komplementären Ausrichtung von Wissenschaftseinrichtungen und der Wirtschaft in einer Region ging *M. Sc. David Reiniger* (RWTH Aachen) in seinem Vortrag „Komplementarität von Wissenschaft und Wirtschaft am Beispiel vier ostdeutscher Großstädte“ nach. In seiner Studie zu den Städten Dresden, Leipzig, Chemnitz und Halle (Saale) überprüfte er, inwieweit die Fächerausrichtung der größten Hochschulen in diesen Städten mit der Branchenstruktur der lokalen Wirtschaft übereinstimmte. Um den Grad dieser Kongruenz messen zu können, entwickelte *Reiniger* ein Kongruenzmaß, das die Spezialisierung der Forschungs- und Lehrkapazitäten auf einen Wirtschaftszweig misst. Vergleichbare Indikatoren lagen bislang nicht vor; *Reinigers* Studie ist demnach als eine besondere Pionierleistung zu bezeichnen. Im Ergebnis der umfangreichen empirischen Untersuchungen zeigt sich für Halle und Leipzig eine deutlich niedrigere Branchenkongruenz als für Dresden und Chemnitz.

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass die errechneten Kongruenzmaße nur die Quantität, aber nicht die Qualität der Ausrichtung einer Hochschule auf die lokale Branchenstruktur wiedergeben. Darüber hinaus wurde angemerkt, dass für die normative Forderung, Hochschulen sollten sich stärker auf die Branchenstruktur ihrer Region ausrichten, bisher noch zu wenig stützende empirische Befunde vorlägen. Hier bestehe also weiterer Forschungsbedarf.

### **Lokale Beziehungen zwischen Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen sind äußerst komplex und mehrdimensional!**

Auf die verschiedenen Formen der Beziehungen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft in der Region Jena bezog sich *Prof. Dr. Thomas Sauer* von der Fachhochschule Jena in seinem Vortrag „Spatial Localization of Knowledge-transfer Channels and Face-to-face Contacts: A Survey on the Jena University-Industry Linkages“. Mittels einer Befragung von 174 Professoren der Jenaer Hochschulen und 123 Wissenschaftlern der dort angesiedelten außeruniversitären Forschungsinstitute konn-

ten 15 verschiedene Kanäle von Wissenstransfers identifiziert werden. Am weitesten verbreitet sind informelle Kontakte von Wissenschaftlern zu Unternehmensvertretern, gefolgt von gemeinsam betriebenen Forschungs- und Publikationsprojekten sowie von formell vereinbarten FuE-Vorhaben. Bei der räumlichen Reichweite der Beziehungen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft wurde deutlich, dass sich die Aktivitäten der Forschungsinstitute bei sechs von 15 Kanälen zu mehr als 75% auf die Region Jena konzentrieren. Im Unterschied dazu streuen die Kontakte der Hochschulvertreter stärker über das restliche Thüringen und die gesamte Bundesrepublik. Ausländische Unternehmen dominieren beim Transferkanal befristeter Wissenschaftler-Aufenthalte.

Die Befragungsdaten erlauben die Überprüfung der Hypothese, dass die am FuE-Prozess beteiligten Wissenschaftler aufgrund eines hohen Anteils von Tacit-knowledge-Elementen bevorzugt Face-to-face-Kontakte mit Unternehmensvertretern in räumlicher Nähe suchen. Die errechneten Korrelationsmaße zeigen das erwartete Vorzeichen, bewegen sich aber nur teilweise im signifikanten Bereich.

Für *Sauer* deuten die Ergebnisse insgesamt gesehen auf die Vieldimensionalität und die hohe Komplexität der Austauschbeziehungen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft hin. Dementsprechend ist den Befunden derjenigen Studien mit Vorsicht zu begegnen, die nur *einen* Transferkanal betrachten oder in ökonomischen Gleichungen Größen wie das Bruttoinlandsprodukt (BIP) einer Region und die Zahl ihrer Hochschulen in Beziehung setzen. In der Diskussion wies *Prof. Kunzmann* darauf hin, dass häufig auch Vereine vor Ort als Katalysatoren für Kontakte dienen und es für die Kontaktaufnahme auch eine Rolle spielt, in welchem Ausmaß Professoren am Hochschulort ihren Wohnsitz haben.

### **Hochschulen als „Unternehmen zur Förderung der stadtreionalen Entwicklung“?**

Aus einer stärker an der räumlichen Stadtentwicklung orientierten Perspektive berichtete *Dipl.-Ing. Jörn Krupa* vom Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung in Erkner über die Wissenschafts-Wirtschafts-Beziehungen in den Fachhochschulstädten Eberswalde und Brandenburg an der Havel. In seinem Vortrag „Wissensknoten‘ Fachhochschule? Zum Wissenstransfer zwischen Fachhochschulen und Unternehmen im stadtreionalen Kontext – die Beispiele Eberswalde und Brandenburg an der Havel“ versuchte er die Fragen

zu beantworten, in welcher Weise Fachhochschulen (FH) die Funktion eines Wissensknotens übernehmen können und welche politischen Strategien diese Funktionsübernahme erleichtern. Obwohl die beiden untersuchten FH bundesweit gesehen überdurchschnittlich erfolgreich bei der Einwerbung von Drittmitteln sind, erweist sich ihre Bedeutung als Ansprechpartner für die Unternehmen in den beiden Regionen als relativ gering. Häufiger werden von den Unternehmen dagegen Berliner Hochschulen als Informationsquellen und Kooperationspartner genannt. Aus der Summe verschiedener Experteninterviews und Gruppendiskussionen ergibt sich bei *Krupa* der Befund, dass die regionalökonomische Einbindung der FH an den beiden Standorten noch nicht so weit gediehen ist, dass sie die Funktion von Wissensknoten übernehmen könnten. Dazu trägt auch bei, dass die Fächerschwerpunkte an den FH zu wenig auf die Branchenstruktur in Eberswalde und in Brandenburg an der Havel ausgerichtet sind. Einengende Regulierungen auf der Länderebene und eine noch zu geringe absorptive Kapazität auf der Seite der Unternehmen kommen als weitere Hemmfaktoren hinzu.

Um diese ungünstigen Voraussetzungen zu ändern, schlägt *Krupa* vor, dass sich die FH selbst stärker als Unternehmen verstehen müssten, die lokale öffentliche Güter mit dem Ziel anbieten, regionalwirtschaftliche Entwicklungsprozesse zu unterstützen. Allerdings brauche es Zeit, um Vertrauen zwischen den Akteuren in der Region aufzubauen, so sein Ausblick.

In der Diskussion plädierte *Prof. Fritsch* dafür, dass Hochschulprofessoren ihre Dienstleistungen als private und nicht als öffentliche Güter anbieten sollten. Andere Diskussionsbeiträge zogen die Eignung von Eberswalde als Untersuchungsfall aufgrund der geringen räumlichen Distanz zu Berlin in Zweifel. *Prof. Rosenfeld* stellte die Frage, ob gerade im Fall von Eberswalde die Fächerstruktur der FH grundsätzlich stärker auf die regionale Branchenstruktur ausgerichtet werden sollte, um die Effekte für die lokale Wirtschaft zu verstärken.

### **Grundsätzliche Ansatzpunkte der Stadtentwicklung im Rahmen einer Politik zur Aktivierung lokaler Wissens- und Innovationspotenziale**

Mit den grundsätzlich möglichen politischen Strategieansätzen, wie Städte mit Wissenschaftseinrichtungen diese noch stärker als Faktor für die Stadtentwicklung und für ein dynamischeres wirtschaftliches Wachstum nutzen können, beschäf-

tigten sich zwei weitere Vorträge. *Dr. Peter Franz* vom gastgebenden Institut für Wirtschaftsforschung Halle nahm in seinem Vortrag „‘Willkommen in der Universitätsstadt Halle‘ – Wie lassen sich die Potenziale von Wissenschaftseinrichtungen für die Stadtentwicklung nutzbar machen?“ exemplarisch die wissensbasierten Potenziale der Stadt Halle (Saale) in Sachsen-Anhalt genauer in Augenschein und diskutierte mögliche Strategien, diese Potenziale zukünftig noch stärker als bisher zu nutzen. Ausgehend von der Annahme, dass immer größere Teile der wirtschaftlichen Aktivitäten auf der Grundlage systematisch und gezielt erzeugten Wissens erfolgen, erlangen Städte sowohl als Produktionsstätten als auch als Knoten und Austauschorte von Wissen in einer solchen „wissensbasierten Ökonomie“ erhöhte Bedeutung. Um diese städtischen Funktionen gezielt zu verstärken, propagiert *Franz* den so genannten Knowledge-City-Ansatz. Eine Stadt mit dem Leitbild einer *knowledge city* zeichnet sich dadurch aus, dass ihre Wissenschaftseinrichtungen in intensivem Austausch untereinander stehen und in Forschung und Ausbildung auf die Unternehmen der Region orientiert sind. Darüber hinaus unterstützen sowohl die Stadt als auch die Wissenschaftseinrichtungen die Expansion vorhandener und die Ansiedlung neuer wissenschaftlicher Einrichtungen.

Vor dem Hintergrund dieses Knowledge-City-Ansatzes weist die Stadt Halle (Saale) mit ihrer Vielzahl an Wissenschaftseinrichtungen ein erhebliches Potenzial auf. Einen Hemmfaktor für die Umsetzung dieses Potenzials stellt bisher die geringe Handlungsautonomie der Hochschulen dar, die – gemäß den Regeln des deutschen Föderalismus – in vielfacher Hinsicht von der Landesregierung gesteuert werden. Handlungsbedarf besteht – *Franz* zufolge – in der Stärkung von Fächern, die für die regionale Wirtschaft bedeutsam sind, in der Gestaltung von Weiterbildungsangeboten für Arbeitskräfte der Unternehmen in der Region und in der Berücksichtigung von Belangen der Stadtentwicklung beim Management der im Besitz des Landes befindlichen Hochschul-Immobilien.

In der Diskussion verwies *Dr. Franke* von der Wirtschaftsförderung der Stadt Halle (Saale) auf die geringen Möglichkeiten der Stadt, die Standortentscheidung für Einrichtungen der örtlichen Hochschulen zu beeinflussen. *Prof. Kunzmann* bezweifelte, ob das im Vortrag als positives Beispiel einer Deregulierung im Hochschulbereich angeführte nordrhein-westfälische Hochschulfreiheitsgesetz auch die erwarteten Effekte nach sich ziehen könnte. *Dr. Kronenberger* vom Sächsischen Staatsministe-

rium für Wirtschaft und Arbeit forderte die Hochschulen dazu auf, nicht erst auf neue Gesetze zu warten, sondern sich selbst mehr für die eigene Standortregion zu engagieren. Dies setzt jedoch vermutlich veränderte Anreizstrukturen voraus.

Den zweiten Vortrag mit Blick auf die strategische Nutzung von Wissenschaftseinrichtungen für die Stadtentwicklung aus stadtplanerischer Sicht bestritten *Dr. Brigitta Ziegenbein* (Dresden) und *Prof. Dr. Klaus R. Kunzmann* (Potsdam/ETH Zürich) zum Thema „Potsdam: Turning a Town into a Knowledge City“. Nach einer kurzen Darstellung der Geschichte Potsdams als Residenz-, Garnisons- und Wissenschaftsstandort wurde der nach 1990 erfolgte Aufbau neuer Wissenschaftseinrichtungen in der Stadt näher untersucht. Auffällig ist die Fragmentierung der Hochschulen und Forschungsinstitute im städtischen Raum („isolierte Archipele des Wissens“), wodurch sowohl die öffentliche Wahrnehmung dieser Ballung an Wissenschaftseinrichtungen erschwert als auch die Entstehung eines kreativen Milieus gebremst wird. Dazu trägt aus Sicht von *Ziegenbein* und *Kunzmann* auch das Fehlen symbolischer wissensbezogener Bauten in der Innenstadt bei.

Auf die Frage, was auf Seiten der Stadtentwicklungsplanung getan werden könne, diese Hindernisse für das Entstehen einer *knowledge city* abzubauen, sehen die beiden Wissenschaftler (1) eine stärker raumbezogene Moderation der Standortinteressen von Stadt und Wissenschaft, (2) eine intensivierte (visionäre) Entwicklungsplanung für Wissensquartiere, (3) Maßnahmen zur stärkeren Vernetzung der einzelnen Wissenschaftsstandorte und (4) die Einsetzung von Quartiers-Managern als praktikabel an.

In der Diskussion bewertete *Dr. Manfred Kühn* (Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Erkner) die Diagnose fragmentierter Wissenschaftsstandorte für Potsdam als zutreffend. Er verwies zudem auf ebenfalls fragmentierte politische und soziale Strukturen der Stadt. *Prof. Kunzmann* ergänzte seine Ausführungen durch den Hinweis, dass die Stadtplaner vor Ort kaum Kapazitäten für die erforderliche konzeptionelle Planung aufbringen können, da sie durch die Fülle zu bewältigender Tagesprobleme zu stark in Anspruch genommen werden.

### ***Wissenschaftsparks und TGZ als Ansätze zur Unterstützung lokaler Netzwerkbildung***

Seit den 1980er Jahren wird von den Kommunen versucht, die lokale Vernetzung zwischen Unter-

nehmen sowie zwischen Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen mit Hilfe von Wissenschaftsparks und Technologie- und Gründerzentren (TGZ) zu unterstützen. Letztere haben über die Netzwerkförderung hinaus auch die Aufgabe, als Inkubator für junge, technologieorientierte Unternehmen zu wirken. Es stellt sich die Frage, ob die gewünschten Effekte in der Realität tatsächlich auftreten.

Der größte deutsche Wissenschaftspark ist jener in Berlin-Adlershof. Dieser wurde von *Dr. Petra Jähnke* (Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Erkner) im Rahmen einer Fallstudie näher untersucht. Ausgangspunkt für die Analyse war die Theorie der so genannten *knowledge scapes*. Diese stellen ein Spektrum von Interaktionsbeziehungen der Akteure von weichen Wissensmilieus bis hin zu harten Wissensnetzwerken dar. Nähe wird dabei mehrdimensional verstanden, umfasst also neben geographischer beispielsweise auch soziale, organisatorische und institutionelle Nähe. Diese Näheformen können unterschiedliche Raumdimensionen annehmen.

In Berlin-Adlershof, einem Areal mit Wissenschafts- und Technologiepark, universitären und Forschungseinrichtungen sowie Unternehmen der Medienbranche, ließen sich diese verschiedenen Interaktionsbeziehungen zeigen. *Jähnke* erklärte, dass beispielsweise die Kooperationen zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen, insbesondere in den Schlüsseltechnologiefeldern, eher institutionalisiert seien, während die Interaktionen zwischen Forschungsinstituten und Hochschulen oft auf persönlichen Beziehungen beruhen. Im Bereich des Medienstandorts sei eine starke Eigendynamik entstanden. Zudem sei insbesondere für Unternehmen auch die überregionale Einbindung wichtig. Die Planbarkeit als „Wissensort“ sei dadurch begrenzt. Demgemäß sollten Planer laut *Jähnke* in erster Linie versuchen, Rahmenbedingungen für wechselseitige Anpassungen zu schaffen.

In der Diskussion wurde deutlich, dass für den Wissenstransfer soziale Nähe, die beispielsweise durch Forschungsprojekte entstehe, sehr wichtig ist. Man kenne sich zum Teil noch aus Studienzeiten. Nach Ausgründungen bleibe der Kontakt zur akademischen Welt bestehen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Diskussion lag auf dem Konzept von Wohnen, Arbeiten und Leben an einem Standort. Ein Teilnehmer verwies darauf, dass dies heutzutage nicht mehr funktioniere. Diese Tendenz zeigte sich auch in Berlin-Adlershof. Die Schlüsselakteure bevorzugten meist andere Wohngegenden. *Jähnke* bestätigte den Hinweis,

dass sich Netzwerke oft an den Verbindungen verschiedener Schwerpunkte und weniger innerhalb der Kernbereiche herausbilden. Dies gelte in Berlin-Adlershof beispielsweise für die Solartechnik.

*Michael Schwartz* (Institut für Wirtschaftsforschung Halle) präsentierte die Ergebnisse einer Studie über Entwicklungstrends deutscher Technologie- und Gründerzentren (TGZ). Schwerpunkt der Analyse war die Frage, ob sich die Spezialisierung von TGZ auf einzelne Branchen derart auszahlen kann, dass hierdurch die Effekte für die lokale Wirtschaft erhöht werden.

2006 waren von etwa 415 TGZ in Deutschland lediglich 74 spezialisiert. Für die Studie wurden nun 161 Unternehmen aus jeweils 13 spezialisierten und nicht spezialisierten TGZ befragt. Dabei zeigte sich, dass in Bezug auf das Raumangebot und auf Gemeinschaftseinrichtungen für Unternehmen eine Spezialisierung von Vorteil ist, insbesondere wenn die Unternehmen teure Ausstattung und Anlagen benötigen. Auch die Beratungs- und Betreuungsleistung wurde in spezialisierten TGZ besser bewertet, da sie dort eher auf die Probleme der jeweiligen Branche ausgerichtet werden kann. Der Effekt von Spezialisierung auf die Vernetzung innerhalb der Zentren war jedoch uneindeutig. Einerseits böte die Zugehörigkeit zu einer Branche mehr Anknüpfungspunkte. Andererseits bestehe aber auch die Gefahr, dass es durch den Konkurrenzkampf zu stärkerer gegenseitiger Abschottung kommt.

Insgesamt gesehen ist laut *Schwartz* eine Spezialisierung von TGZ aus unternehmerischer Sicht grundsätzlich vorteilhaft. Allerdings seien letztlich auch die Rahmenbedingungen, z. B. das Potenzial an Jungunternehmern, ausschlaggebend.

In der Diskussion erläuterte *Schwartz*, dass keines der TGZ besonders als Leuchtturm aufgefallen sei, frühe TGZ jedoch recht viel Erfolg verbuchten, da sie die Nachfrage nach ihren Leistungen als Erste abschöpfen konnten.

Es wurde für eher unwahrscheinlich gehalten, dass (spezialisierte) TGZ helfen können, die Forschungsschwäche in Ostdeutschland zu überwinden. Die FuE-Intensität hänge vielmehr von der Branchenstruktur ab und sei durch das Angebot von TGZ nicht einfach zu erhöhen.

Des Weiteren wurde in der Diskussion auf die Bedeutung von Kooperationen verschiedener Akteure wie Stadt, Industrie- und Handelskammern sowie Hochschulen bei der Errichtung von TGZ hingewiesen.

## **Fazit**

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Städte, in denen es bereits wissensgenerierende Potenziale in Form von Wissenschaftseinrichtungen gibt, *einerseits* sicherlich gut beraten sind, diesen Einrichtungen einen hohen Stellenwert im Rahmen ihrer städtischen Entwicklungsstrategien zukommen zu lassen. Zwar sind in Deutschland die Länder und nicht die Kommunen für die Hochschulen zuständig. Die Städte können aber entscheidend dazu beitragen, dass die von den Hochschulen angebotenen „Schätze“ auch von der lokalen Wirtschaft gehoben werden können. Städten ohne Wissenschaftseinrichtungen sind entsprechende Möglichkeiten verbaut – dies spricht dafür, die vorhandenen Potenziale im interlokalen Wettbewerb auch zu nutzen. *Andererseits*: Soweit die lokale Absorptionsfähigkeit nur gering ist, werden sich auch die Effekte der Wissenschaftseinrichtungen in Grenzen halten.

In politischer Hinsicht konkurriert die Forderung nach einer stärkeren regionalen Ausrichtung der Hochschulen derzeit mit den Ansprüchen aktuell ablaufender hochschulinterner Reformaktivitäten (Bologna-Prozess, Exzellenzinitiativen, Ablösung fixer Haushaltsansätze durch flexible Budgets), sodass natürlich auch die Frage zu stellen ist, wie hoch derzeit das Risiko für Hochschulvertreter ist, durch Reformstress überfordert zu werden.

Es besteht zudem unverändert ein erheblicher Forschungsbedarf hinsichtlich der diskutierten Fragestellungen. Insbesondere ist noch immer nicht ausreichend geklärt, über welche Wirkungskanäle Wissens-Spillovers zwischen Wissenschaft und Wirtschaft verlaufen. Daneben sollte die – auch im Verlauf der Tagung mehrfach erhobene – Forderung nach einer stärkeren Passung der Fächerstruktur der Wissenschaftseinrichtungen mit der Branchenstruktur der Wirtschaft in der Region noch durch weitere empirische Forschung auf ihre Angemessenheit hin überprüft werden. Darüber hinaus ist unklar, wie weit die unternehmerische Orientierung von Hochschulen getrieben werden kann, z. B. bei der wirtschaftlichen Verwertung der von ihren Mitarbeitern entwickelten Patente, ohne dass beim Hochschulpersonal Identitätsprobleme und Konflikte mit den Werten des Wissenschaftssystems auftreten.

*Peter Franz* ([Peter.Franz@iwh-halle.de](mailto:Peter.Franz@iwh-halle.de))

*Martin T. W. Rosenfeld*

([Martin.Rosenfeld@iwh-halle.de](mailto:Martin.Rosenfeld@iwh-halle.de))

*Annette Illy* ([Annette.Illy@gmx.de](mailto:Annette.Illy@gmx.de))

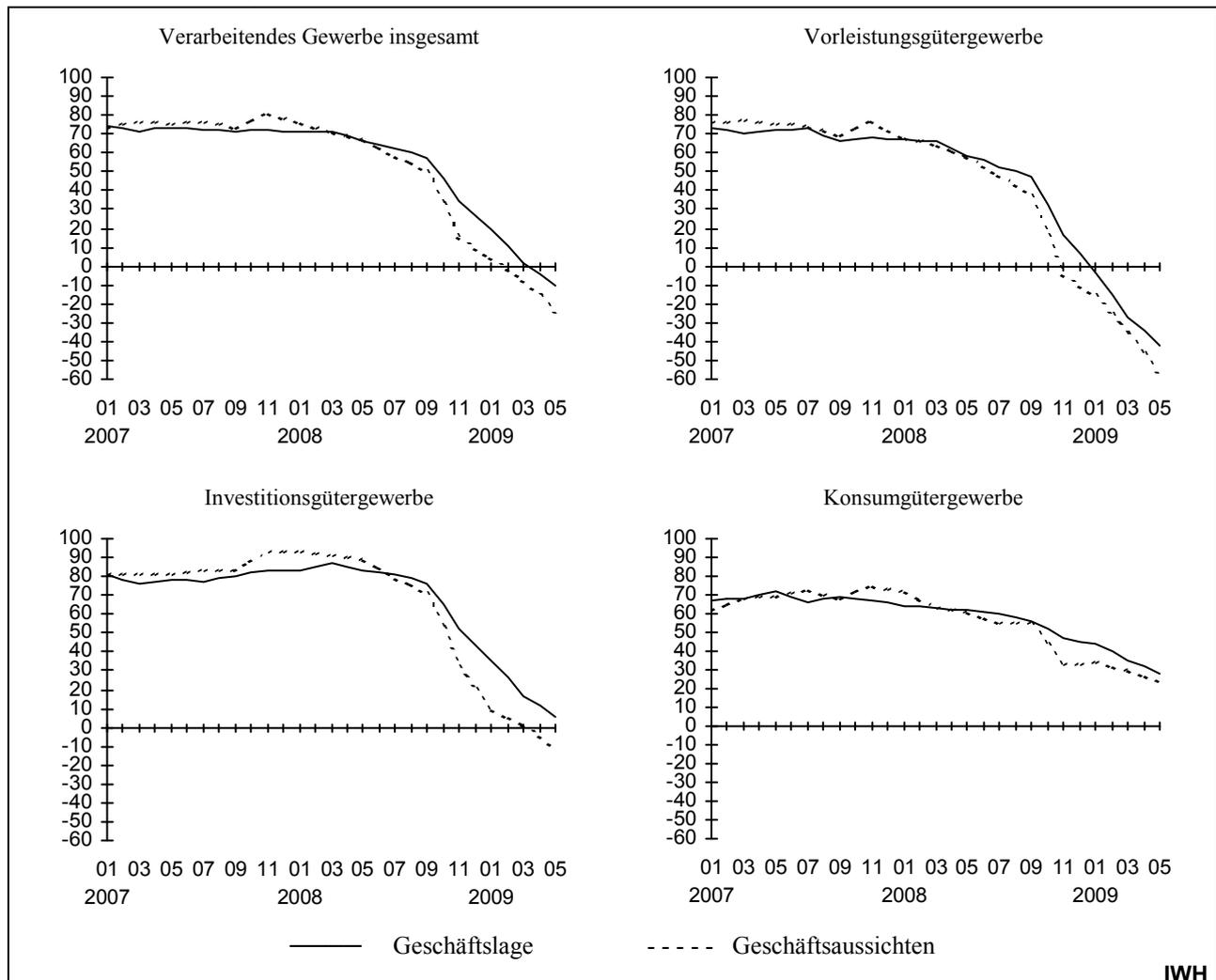
## IWH-Industrienumfrage im Mai 2009: Vorerst keine Aufhellung in Sicht

Eine Erwärmung des Geschäftsklimas im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands ist nicht in Sicht. Das geht aus den Ergebnissen der IWH-Industrienumfrage vom Mai unter rund 300 Unternehmen hervor. Gegenüber der Umfrage vom März hat sich die Beurteilung der aktuellen *Geschäftslage* um einen Saldenpunkt verschlechtert, die der *Geschäftsaussichten* für die nächsten sechs Monate um sieben Saldenpunkte (vgl. Tabelle). Exportunternehmen bewerten Lage und Aussichten etwas trüber als Nichtexporteure. Wie schon in den vorherigen Umfragen kommen die negativen Botschaften am häufigsten von den Vorleistungsgüterproduzenten. Dafür ist vor allem ein Wechsel ihrer

Lageeinschätzung von „eher schlecht“ zu „schlecht“ verantwortlich. Ein Teil der Industrieunternehmen gibt aber auch eine Lageverbesserung seit März an, deren Bedeutung reicht jedoch nicht aus, um dem Abwärtstrend entgegenzusteuern. Stabilisierend wirken in der ostdeutschen Industrie derzeit die Konsumgüterproduzenten, und hier vor allem die Hersteller von Nahrungsgütern. Über 80% von letzteren bewerten sowohl die gegenwärtige Lage als auch die Aussichten „gut“ oder „eher gut“, im gesamten Konsumgüterbereich sind es ca. zwei Drittel.

Die zurückhaltende Einschätzung der Geschäftsaussichten wird gestützt durch die rückläufigen

Entwicklung der Geschäftslage und Geschäftsaussichten im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe - Salden<sup>a</sup>, saisonbereinigte Monatswerte -



<sup>a</sup> Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe „Daten und Informationen/Aktuelle Konjunkturdaten“ unter [www.iwh-halle.de](http://www.iwh-halle.de).

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

Auftragseingänge. Sowohl die Hersteller von Vorleistungsgütern als auch die Investitionsgüterproduzenten melden nochmals eine schlechtere Auftragslage als im März. Starke Einbrüche geben beispielsweise die Maschinenbauer an. Die Geschäftsaussichten bewerten sie dennoch etwas freundlicher als im März.

Auch in der Chemischen Industrie überwiegt nunmehr eine pessimistische Bewertung der Auftragslage. Die Urteile über Geschäftslage und -aussichten haben sich in der Branche weiter eingetrübt. Aus den Unternehmen des Holz-, Papier- und Druckgewerbes kommen ebenfalls nochmals negativere Bewertungen. Im Fahrzeugbau hingegen sind die Einschätzungen der Auftragslage und des Geschäftsklimas nahezu unverändert schlecht.

Eine Bereinigung der Daten um saisonale Effekte indes relativiert die positiven Meldungen der Konsumgüterproduzenten und verweist auch hier auf eine konjunkturell abwärtsgerichtete Entwicklung, jedoch von höherem Niveau aus und weniger steil als bei den anderen Hauptgruppen (vgl. Abbildung). Verschiebungen in den Urteilen über die Geschäftstätigkeit bewegen sich in der Regel zwischen „eher gut“ und „eher schlecht“, also nicht in extremen Veränderungen.

Cornelia Lang  
(Cornelia.Lang@iwh-halle.de)

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe - Vergleich der Ursprungswerte mit Vorjahreszeitraum und Vorperiode, Stand Mai 2009 -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Mai 08	Mrz. 09	Mai 09	Mai 08	Mrz. 09	Mai 09	Mai 08	Mrz. 09	Mai 09	Mai 08	Mrz. 09	Mai 09	Mai 08	Mrz. 09	Mai 09
	in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe <sup>a</sup>														
<b>Geschäftslage</b>															
<b>Industrie insgesamt</b>	42	17	13	42	30	33	15	40	37	1	13	17	68	-7	-8
<b>Hauptgruppen<sup>b</sup></b>															
Vorleistungsgüter	37	9	6	43	23	25	18	52	44	2	16	25	61	-36	-39
Investitionsgüter	52	24	13	38	28	39	10	35	43	0	13	5	80	4	4
Ge- und Verbrauchsgüter	41	24	27	44	42	40	14	25	22	1	9	11	69	32	34
dar.: Nahrungsgüter	28	37	35	50	33	46	20	25	14	2	5	5	57	40	62
<b>Größengruppen</b>															
1 bis 49 Beschäftigte	37	17	14	35	34	35	24	33	34	4	16	17	46	1	-1
50 bis 249 Beschäftigte	41	19	13	46	31	37	12	38	38	1	12	12	74	0	1
250 und mehr Beschäftigte	49	11	12	38	23	18	13	52	43	0	14	27	74	-31	-39
<b>Geschäftsaussichten</b>															
<b>Industrie insgesamt</b>	36	11	12	51	34	30	12	42	47	1	13	11	74	-9	-16
<b>Hauptgruppen<sup>b</sup></b>															
Vorleistungsgüter	34	5	6	47	29	18	17	51	63	2	15	13	64	-33	-51
Investitionsgüter	42	14	9	55	33	40	3	38	42	0	15	9	94	-6	-2
Ge- und Verbrauchsgüter	33	18	24	52	46	42	14	28	26	1	8	8	70	28	33
dar.: Nahrungsgüter	33	30	40	51	49	47	13	17	11	3	4	2	67	58	75
<b>Größengruppen</b>															
1 bis 49 Beschäftigte	27	11	15	43	43	31	28	35	39	2	11	15	42	8	-9
50 bis 249 Beschäftigte	36	11	11	55	34	31	7	40	51	2	15	7	83	-11	-15
250 und mehr Beschäftigte	46	9	9	44	26	27	10	54	49	0	11	15	79	-31	-27

<sup>a</sup> Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet, Angaben für Mai 2009 vorläufig. - <sup>b</sup> Die Klassifikation der Hauptgruppen wurde der Wirtschaftszweigsystematik 2003 angepasst.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

## Veranstaltungen:

### *Vorankündigungen:*

#### **„Pilgrims to the Euro Area: Romania and Other New EU Members ante Portas“ Conference from September 4 to 6, 2009, in Brasov, Romania**

We invite economists to present their latest research results on the possible tensions and problems for new member countries on their road to EMU and for the enlarged Euro area. The background is the debate on an emerging split of the current EMU countries in terms of current account imbalances, different inflation rates, and unit labor cost developments nine years after the introduction of the Euro. Is there a split, and if, would new EMU members aggravate it? A related objective is to contribute to the ongoing debate on institutional reforms of the EU and the Euro area in particular. Papers with empirical, theoretical or institutional orientation are highly welcomed.

#### **„Zur Zukunft der kommunalen Wohnungspolitik“**

##### **3. Hallesches Kolloquium zur Kommunalen Wirtschaft am 5. und 6. November im IWH**

Am 5. und 6. November 2009 wird das IWH wieder ein Kolloquium zu einem Themenschwerpunkt aus dem Bereich der Kommunalwirtschaft veranstalten. Das zentrale Anliegen der Konferenz besteht darin, – nicht nur vor dem Hintergrund der aktuellen globalen Finanzkrise, des demographischen Wandels oder der Stadtumbauproblematik – die künftige Rolle der kommunalen Wohnungswirtschaft zu diskutieren und im Vergleich zu alternativen wohnungspolitischen Instrumenten zu bewerten.

Die Veranstaltung ist grundsätzlich interdisziplinär und nicht rein akademisch ausgerichtet. Sie soll auch dem Dialog zwischen Wissenschaftlern, Politik und Praktikern dienen.

Nähere Informationen für Interessenten, die einen Vortrag halten möchten (Einreichung bitte bis 30.06.2009), finden sich unter [www.iwh-halle.de](http://www.iwh-halle.de), „Termine und Veranstaltungen“.

Für weitere Informationen zu den Veranstaltungen siehe [www.iwh-halle.de](http://www.iwh-halle.de) (Termine).

### *Durchgeführte Veranstaltungen:*

#### **„Analysen und Politik für Ostdeutschland – aus der Forschung des IWH –“ Konferenz am 4. Juni 2009 im IWH**

Am 4. Juni 2009 veranstaltete das IWH zum dritten Mal in Folge die Konferenz zum Thema: „Analysen und Politik für Ostdeutschland – aus der Forschung des IWH –“. Die Veranstaltung verfolgt das Ziel, im Rahmen der wirtschaftspolitischen Beratung, einem wesentlichen Auftrag des IWH, den Abgeordneten, Vertretern der Ministerien der Neuen Bundesländer und einem interessierten Fachpublikum Analysen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland vorzutragen und zu diskutieren. Es wurden Fachvorträge von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen aus allen Forschungsabteilungen des Instituts gehalten. Prof. Dr. Udo Ludwig behandelte die Frage, welche Auswirkungen die Finanzmarktkrise auf die Wirtschaft in den Neuen Ländern, insbesondere in Sachsen-Anhalt, hat. Dr. Gerhard Heimpold widmete sich den Instrumenten und Entwicklungen der Industriepolitik in den Neuen Bundesländern rückblickend seit 1990 und skizzierte die industriepolitischen Herausforderungen von morgen. In einem weiteren Vortrag behandelte Katja Wilde die Frage, ob die Neuen Bundesländer im Hinblick auf das Auslaufen der Solidarpaktmittel hinreichend vorbereitet sind. Dr. Peter Haug stellte Ergebnisse einer empirischen Untersuchung vor, die sich mit den Folgen des Stadtbaus für die Kosten der technischen Infrastruktur in Mitteldeutschland befasst. Dr. Herbert S. Buscher präsentierte Ergebnisse zur Untersuchung des zukünftigen Fachkräftebedarfs in Thüringen. Die Veranstalter freuten sich über die rege Teilnahme und die fruchtbaren Diskussionen. Das IWH wird diese Konferenzserie im nächsten Jahr fortsetzen.